

Eigener Kommentar:

Obwohl der Text recht lang ist, ist es allemal nur eine äußerst lückenhafte Wiedergabe.

Will sagen: KAUFEN !!

Geheimsache 09/11

Hintergründe zum 11. September und die Logik amerikanischer Machtpolitik

von Nafeez M. Ahmed 2002

ISBN: 3-570-50042-X

.....

DAS STRATEGISCHE KONZEPT HINTER DEN US-KRIEGSPLÄNEN

.....

Und ein FBI-Mitarbeiter berichtete dem Enquirer: »Enron und Unocal investierten Hunderte Millionen Dollar in ihre Afghanistangeschäfte und die Taliban. Die Pipeline würde unsere Abhängigkeit von Saudi-Arabien verringern - und Enron würde dabei Milliarden verdienen. Obwohl Clinton 1998 bin Ladens Stützpunkte in Afghanistan bombardierte, ließ Enron den Taliban und den Beauftragten von bin Laden Geld zu- kommen, um das Pipelineprojekt am Leben zu erhalten. Es ist völlig ausgeschlossen, dass zu jenem Zeitpunkt noch einer der Akteure nichts von den Verbindungen zwischen den Taliban und bin Laden gewusst haben könnte, zumal auf den Enron-Gehaltslisten auch CIA-Agenten standen!«

Andere Quellen zeigen, dass wichtige Mitarbeiter und Geheimdienstleute mehrerer US-Regierungen über den Enron-Flirt mit den Taliban - folglich auch mit al-Qaida - genau Bescheid wussten und die Aktivitäten des Unternehmens in dieser Region aktiv unterstützten. »Ein abgefangenes al-Qaida- Dokument beweist, dass US-Energieunternehmen heimlich mit den Taliban über den Bau einer Pipeline verhandelten«, berichtet der amerikanische Rechtsanwalt und frühere Staatsanwalt im Justizministerium John Loftus. »Das Dokument gelangte in die Hände des FBI, aber die Weitergabe an andere Institutionen wurde untersagt, um Enron zu schützen. «

.....

Die Bush-Regierung intensivierte diesen Verhandlungsprozess mit den Taliban unmittelbar nach der Amtseinführung des Präsidenten im Januar 2001. Diplomaten der USA und der Taliban trafen sich im Februar 2001 mehrmals in Washington, Berlin und Islamabad. Das letzte Treffen zwischen US- und Taliban-Vertretern fand im August 2001 statt - fünf Wochen vor den Angriffen auf New York und Washington. Christina Rocca, damals Leiterin der Zentralasien-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, traf in Islamabad den Botschafter der Taliban in Pakistan. Die Bush-Regierung betrachtete diese Verhandlungen offensichtlich - so wie die Regierung Clinton - als letzten Versuch, so etwas wie eine funktionsfähige Beziehung zum Regime der Taliban aufrechtzuerhalten. Die Erkenntnis, dass die Taliban nicht in der Lage sein würden, die Sicherheit im Land durch »Eroberung« zu gewährleisten, verband die amerikanische Seite nun mit der Hoffnung, das Regime werde einer gemeinsamen Regierung mit den anderen Gruppierungen zustimmen. Die USA schienen sich aber darüber im Klaren zu sein, dass eine solche Lösung extrem unwahrscheinlich war.

.....

»Offensichtlich nahmen die Planungen für einen Krieg gegen Afghanistan recht lange Zeit in Anspruch. Wir wissen mit Sicherheit, dass das Pentagon diese Strategie bereits ab 1997 entwickelt hat. Ausgerechnet um den 11. September herum erreichten zwei von Flugzeugträgern geführte Flottenverbände im Rahmen einer >Rotationsmaßnahme< den Persischen Golf. Das war offensichtlich von langer Hand geplant. Unmittelbar vor dem 11. September hatte Großbritannien einen Flottenverband zusammengestellt, der als die >größte Armada seit dem Falklandkrieg< bezeichnet wurde und Kurs auf das Sultanat Oman nahm. Dort halten mittlerweile 23 000 britische Soldaten Manöver ab. Die Planungen für diese Aktion liefen über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren. Außerdem läuft in Ägypten derzeit die amerikanische Operation >Bright Star<- An ihr beteiligen sich 23 000 amerikanische Soldaten sowie weitere 17000 Mann aus NATO-Staaten und verbündeten Ländern. Dies wurde

mindestens zwei Jahre lang vorgeplant. Und schließlich schickte die NATO eben erst weitere 12000 Soldaten in die Türkei. Planungszeit: mindestens zwei Jahre. Es ist offensichtlich, dass hier vor unseren Augen ein strategischer Einsatzplan umgesetzt wird, an dem zumindest während der letzten vier Jahre gearbeitet wurde. Der 11. September ist entweder ein Vorwand oder ein Anlass oder beides zugleich.«

.....

Die politischen Pläne der USA in Zentralasien sind deshalb in einen umfassenden, imperialistischen Kontext eingebettet. Ein 46-seitiger Entwurf eines Pentagon-Dokuments, der von Mitarbeitern des Verteidigungsministeriums im März 1992 an die Presse weitergegeben wurde, gibt den Sachstand bei den internen Planungen und strategischen Konzepten, die der US-Militärapparat in der Ära nach dem Kalten Krieg produzierte, sehr anschaulich wieder. Das Pentagon-Dokument hält fest, das aus der Sicht der Vereinigten Staaten »wichtigste Ziel« sei, »das Auftauchen eines neuen Rivalen zu verhindern«, eines Rivalen, der die amerikanische Dominanz beim Zugriff auf die weltweiten Ressourcen in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges gefährden könnte. Aus diesem Ziel ergibt sich auf Seiten der USA natürlich das Bestreben, »eine neue internationale Ordnung zu errichten und zu bewahren, die geeignet ist, potenzielle Konkurrenten davon zu überzeugen, dass sie nicht nach einer bedeutenderen Rolle zu streben brauchen oder eine aggressivere Haltung einnehmen müssen, um ihre berechtigten Interessen zu schützen.« Diese Weltordnung muss sich »in ausreichendem Maß um die Interessen der hochentwickelten Industrienationen kümmern. So hält man sie von dem Vorhaben ab, einen Umsturz in der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung anzustreben«, die unter der Vorherrschaft der USA steht. Die militärische Vorherrschaft der USA muss aufrechterhalten werden, als »Abschreckungsmechanismus gegenüber potenziellen Konkurrenten, die eine wichtigere regionale oder globale Rolle anstreben«.

Eine solche militärische Vormachtstellung schließt die Erhaltung »der NATO als wichtigstes Instrument westlicher Verteidigung und Sicherheit* mit ein, weil die NATO die amerikanische Hegemonie auf Westeuropa ausdehnt. Deshalb müssen die USA darauf achten, das Entstehen rein europäischer Sicherheitssysteme zu verhindern, die die NATO unterminieren würden«, und in der Folge dann auch die US-Hegemonie über Europa. Eine »dominierende Überlegung, die der neuen regionalen Verteidigungsstrategie zugrunde liegt«, ist die zwingende Notwendigkeit für die USA, »zu verhindern, dass irgendein feindlicher Staat eine Region dominiert, deren Ressourcen bei stabilen inneren Verhältnissen ausreichen würden, um globale Macht zu ermöglichen«.

Zu diesen Regionen gehören Westeuropa, Ostasien, die ehemalige Sowjetunion und der Nahe und Mittlere Osten. Diese Regionen sollten dann, dem strategischen Konzept folgend, in das von den USA dominierte globale Wirtschaftssystem eingebunden und so ein Teil der weltweiten Vorherrschaft der USA werden. Am allerwichtigsten ist deshalb das Aufrechterhalten »des Gefühls, dass die Weltordnung letztlich von den USA zusammengehalten wird. [...] Die USA soll- ten unabhängig handeln können, wenn keine kollektive Aktion zustande kommt. «

.....

Brzezinski kommt dann zur entscheidenden Schlussfolgerung: »Ohne ein anhaltendes und gezieltes Engagement Amerikas könnten bald die Kräfte weltweiter Unordnung die internationale Bühne beherrschen. Angesichts der geopolitischen Spannungen, nicht nur im heutigen Eurasien, sondern überall auf der Welt, ist ein solches Szenario des weltweiten Zerfalls durchaus denkbar. «2« Diese Beobachtungen wurzeln felsenfest in der größten Sorge des Rates für Auswärtige Beziehungen - der Aufrechterhaltung der weltweiten Vorherrschaft der USA:

»Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat sich die Weltlage tiefgreifend verändert. Zum ersten Mal in der Geschichte trat ein außereuropäischer Staat nicht nur als der Schiedsrichter eurasischer Machtverhältnisse, sondern als die überragende Weltmacht schlechthin hervor. Mit dem Scheitern und dem Zusammenbruch der Sowjetunion stieg ein Land der westlichen Hemisphäre, nämlich die Vereinigten Staaten, zur einzigen und im Grunde ersten wirklichen Weltmacht auf.«

»Aber bis es soweit ist, lautet das Gebot, keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte. Ziel dieses Buches ist es deshalb, im Hinblick auf Eurasien eine umfassende und in sich geschlossene Geostrategie zu entwerfen.«

»Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien. [...] Nun gibt dort eine nichteurasische Macht den Ton an - und der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Amerikas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien behaupten kann. «

»In diesem Kontext kommt es darauf an, wie Amerika mit Eurasien umgeht. Eurasien ist der größte Kontinent der Erde und geopolitisch axial. Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Erde gebieten. Ein Blick auf die Land- karte genügt, um zu erkennen, dass

die Kontrolle über Eurasien fast automatisch die über Afrika nach sich zöge und damit die westliche Hemisphäre und Ozeanien gegenüber dem zentralen Kontinent der Erde geopolitisch in eine Randlage brächte. Nahezu 75 Prozent der Weltbevölkerung leben in Eurasien, und in seinem Boden wie auch in seinen Unternehmen steckt der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt. Eurasien stellt 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen.«

»Zwei grundlegende Schritte sind deshalb erforderlich: erstens, die geostrategisch dynamischen Staaten Eurasiens auszumachen, die die internationale Kräfteverteilung möglicherweise entscheidend zu verändern imstande sind, sowie die zentralen außenpolitischen Ziele ihrer jeweiligen politischen Eliten zu entschlüsseln und die sich daraus wahrscheinlich ergebenden politischen Konsequenzen zu antizipieren; [...] zweitens, eine spezifische US-Politik zu formulieren, die in der Lage ist, die unter Punkt eins skizzierten Verhältnisse auszubalancieren, mitzubestimmen und/oder unter Kontrolle zu bekommen [...].«

Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die >Barbaren-<Völker sich nicht zusammenschließen. «

»Von nun an steht Amerika vor der Frage, wie es mit regionalen Koalitionen fertig wird, die es aus Eurasien hinauswerfen wollen und damit seinen Status als Weltmacht bedrohen.«

»Somit muss die Rückendeckung für die neuen postsowjetischen Staaten - für einen geopolitischen Pluralismus im Raum der früheren Sowjetmacht - ein integraler Bestandteil einer Politik sein, die Russland dazu bringen soll, seine europäische Option ohne Wenn und Aber auszuüben. Drei dieser Staaten fallen geopolitisch besonders ins Gewicht, nämlich Aserbaidschan, Usbekistan und die Ukraine. [...]

.....

Außerdem hält Brzezinski fest:

»In Anbetracht des Wetterleuchtens am politischen Horizont Europas und Asiens, muss sich jede erfolgreiche amerikanische Politik auf Eurasien als Ganzes konzentrieren und sich von einem geostrategischen Plan leiten lassen. [...] Dies erfordert ein hohes Maß an Taktieren und Manipulieren, damit keine gegnerische Koalition zustande kommt, die schließlich Amerikas Vorrangstellung in Frage stellen könnte [...]. »Zunächst besteht die Aufgabe darin, sicherzustellen, dass kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren bestimmende Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen.«³⁶ »Die Konzentration hegemonialer Macht in den Händen eines einzigen Staates wird, auf Dauer gesehen, immer weniger in die weltpolitische Landschaft passen. Daher ist Amerika nicht nur die erste und die einzige echte Supermacht, sondern wahrscheinlich auch die letzte.«

Brzezinskis nächstes Argument ist von entscheidender Bedeutung:

»Da Amerikas Gesellschaft in steigendem Maße multikulturelle Züge annimmt, dürfte, außer in Fällen einer wirklich massiven und von breiten Bevölkerungskreisen so empfundenen unmittelbaren Bedrohung von außen, ein Konsens über außenpolitische Fragen zunehmend schwerer herbeizuführen sein.«

.....

Es sollte uns nicht überraschen, dass der jetzt ausgerufenen »Krieg gegen den Terror« auf längst ausgearbeiteten militärischen Einsatzplänen beruht, die lange vor dem 11. September 2001 formuliert wurden und strategisch besonders wichtige Regionen, in denen große Energiereserven lagern, zum Ziel haben. Der wichtigste Rohstoff ist das Öl. Die schottische Zeitung Sunday Herald bezieht sich in einem Beitrag auf »einen geheimen Entwurf für die weltweite Vorherrschaft der USA«. Darin werden ausführliche militärische Planspiele enthüllt, die von »Präsident Bush und seinem Kabinett [...] sogar noch vor der Amtsübernahme im Januar 2001« gutgeheißen wurden.

»Der vom Sunday Herald aufgedeckte Entwurf zur Schaffung einer >weltweiten Pax Americana< war für den folgenden Personenkreis gedacht: für Dick Cheney (den jetzigen Vizepräsidenten), Donald Rumsfeld (den Verteidigungsminister), Paul Wolfowitz (den Stellvertretenden Verteidigungsminister), für Jeb Bush (George W. Bushs jüngeren Bruder, den Gouverneur von Florida) sowie für Lewis Libby (Cheneys Stabschef). Das Dokument trägt den Titel >Rebuilding America's Defences: 'Strategies, Forces And Resources For A New Century< und wurde im September 2000 von der neokonservativen Expertengruppe Project for the New American Century (PNAC) verfasst.«

Die Erläuterung dieses schockierenden Dokuments durch den Sunday Herold lohnt an dieser Stelle, ausführlich wiedergegeben zu werden: »Der Plan beweist, dass Bushs Kabinett vorhatte, die Golfregion militärisch zu kontrollieren, ganz egal, ob nun Saddam Hussein an der Macht war oder nicht. In diesem Plan heißt es; >Die Vereinigten Staaten waren jahrzehntelang bestrebt, bei der Sicherung der Golfregion eine beständigere Rolle zu übernehmen. Der ungelöste Konflikt mit dem Irak liefert nur die aktuelle Begründung, denn die Notwendigkeit einer bedeutsamen militärischen Präsenz Amerikas in der Golfregion geht über die Probleme mit dem Regime von Saddam Hussein hin- aus.< Das PNAC-Dokument bietet einen >Entwurf für die Aufrechterhaltung der weltweiten Vorrangstellung der USA. Dieses Konzept soll verhindern, dass ein rivalisierender Staat eben- falls zur Großmacht aufsteigt, und es soll einer internationalen Sicherheitsordnung Gestalt verleihen, die mit den amerikanischen Prinzipien und Interessen übereinstimmt.< Diese >Große amerikanische Strategie< muss >so weit und so lange wie möglich< vorangetrieben werden, heißt es in dem Bericht. Er fordert die USA außerdem auf, >so viele begrenzte regionale Kriege wie möglich zur gleichen Zeit zu führen und für sich zu entscheiden<. Dies sei der >Kern des ganzen Unternehmens<

.....

WARNHINWEISE VOR DEM 11. SEPTEMBER UND DAS "VERSAGEN" DER GEHEIMDIENSTE

.....

Die New York Times kommentiert, dass der Fall Moussaoui »aufs Neue die Frage aufwirft, warum das FBI und andere Dienste die Entführungen nicht verhindern konnten«. In diesem Zusammenhang erscheint es erwähnenswert, dass dem Bundesgericht Anträge Moussaouis vorlagen, dass er sowohl vor einer Grand Jury als auch vor dem US-Kongress über die Anschläge vom 11. September aussagen möchte. Er behauptet, über Informationen zu verfügen, die bewiesen, dass die US-Regierung wollte, dass diese Anschläge tatsächlich stattfinden. Bisher wurde diese Anträge immer abgelehnt.

Die Reaktion der amerikanischen Stellen auf den Topmann der Anschläge, Mohammed Atta, ist vielleicht sogar noch erstaunlicher. So berichtete das Frontlines-Magazin des öffentlich-rechtlichen US-Fernsehsenders PBS, dass »die Einwanderungsbehörde INS den Rädelsführer des Anschlags, Mohammed Atta, im Jahre 2001 dreimal nur mit einem Touristenvisum einreisen ließ, obwohl die Beamten wussten, dass das Visum schon im Jahre 2000 abgelaufen war und Atta auch gegen die Einschränkungen in dem Visum durch das Nehmen von Flugunterricht verstoßen hatte. Mit einem Touristenvisum ist es Ausländern in den USA nämlich verboten, eine Arbeit aufzunehmen oder eine Schule zu besuchen. Dieses Versäumnis war um so erstaunlicher, als Atta damals bereits unter FBI-Überwachung stand, weil er schon in Deutschland von seinem dortigen Wohnort Hamburg nach Frankfurt gereist war, um dort eine größere Menge Chemikalien zu kaufen, die man zur Herstellung von Sprengstoff verwenden kann. Doch trotz dieser bedenklichen Tatsache - und obwohl er schon seit 1986 bei der US-Regierung auf einer Liste potenzieller Terroristen stand - durfte Atta weiterhin unbehelligt in die Vereinigten Staaten einreisen. Von dort aus unternahm er einige Reisen nach Europa und hatte bei seiner Rückkehr in die Staaten keinerlei Probleme mit dem Zoll oder der Einwanderungsbehörde, obwohl er jedes Mal seinen richtigen Namen benutzte, und dies nicht, weil die Visabestimmungen zu lax waren, sondern weil sie jedes Mal nicht beachtet wurden. Im Ganzen könnte man sagen, dass Mohammed Atta ein recht angenehmes Leben führen konnte, obwohl er den Behörden bestens bekannt war. Obwohl er auf der Terroristen- »Watchlist« des US-Außenministeriums stand und obwohl das FBI schon seit langem befürchtete, dass Terroristen in den USA Flugunterricht nehmen könnten, durfte Atta in die Staaten einreisen und in Florida eine Flugschule besuchen. Im April 2001 wurde er von der Polizei beim Fahren ohne Führerschein erwischt. Im Mai erschien er nicht vor Gericht, und der zuständige Richter stellte sofort einen Haftbefehl aus. Aber auch dies stoppte Atta nicht, denn der Haftbefehl wurde einfach niemals ausgeführt, obwohl er danach noch mindestens zweimal wegen Trunkenheit am Steuer verhaftet wurde. In dieser ganzen Zeit machte Atta nie den Versuch, sich einen Tarnnamen zuzulegen, sondern reiste, lebte und studierte an der Flugschule unter seinem richtigen Namen.

Es ist kaum möglich, diese Vorgänge mit Nachsicht zu betrachten. Denn es scheint klar erwiesen, dass die US-Regierung wissentlich mehrere Male einem enttarnten Terroristen quasi freies Geleit in die Vereinigten Staaten gewährte, damit er dort Flugunterricht nehmen konnte.

.....

»U. S. Visa Express« und die Verbindung zum saudischen Terror

Die Leichtigkeit, mit der Mitglieder des al-Qaida-Netzwerks in den Vereinigten Staaten ein- und ausreisen konnten, sollte man im Zusammenhang mit einer Aussage von Michael Springmann sehen, der zwischen 1987 und 1989 Leiter der Visa-Abteilung des US-Konsulats in Djidda in Saudi-Arabien war. Springmann hat zwanzig Jahre Erfahrung im Dienste der US-Regierung hinter sich und ist jetzt als Anwalt in Washington tätig. In der Sendung »Newsnight« der BBC sagte er: »In Saudi-Arabien bekam ich häufig von höheren Beamten des Außenministeriums die Anweisung, Antragstellern Visa zu erteilen, die eigentlich keine Visa hätten bekommen dürfen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Leute, die keine Verbindungen zu Saudi-Arabien oder ihrem Herkunftsland hatten.« In einem anderen Interview mit Radio One des kanadischen CBC sagte er, Beamte der US-Regierung hätten ihm bestätigt, dass »die CIA Terroristen zum Kampf gegen die Sowjets anwarb«. Überdies sei Osama bin Laden »einer ihrer Aktivposten gewesen, er habe mit ihnen zusammen gearbeitet. Es habe »nicht weniger als hundert« Rekruten gegeben, Leute »ohne Bindungen an einen bestimmten Ort. [...] Am Ende sollten sie ihre speziellen Fähigkeiten in Afghanistan anwenden. Sie kamen in die Vereinigten Staaten, um dort zu Terroristen ausgebildet zu werden. Die Länder, die sie geschickt hatten, wollten sie nicht zurück haben.« Springmann behauptete, dass CIA-Beamte ständig die Bestimmungen des Außenministeriums verletzen, indem sie diesen Leuten Visa verschaffen.

»CBC: Weist dies auf eine Verbindung zwischen dem CIA und Osama bin Laden hin, die bis ins Jahr 1987 zurückreicht?

SPRINGMANN: Ja, das tut es, und Sie werden sich erinnern, dass man glaubt, dass dieser Scheich Abdur Rahman, der hinter dem ersten Bombenanschlag auf das New Yorker World Trade Center steckte, sein Einreisevisum von einem Spezialagenten der CIA im Sudan bekommen hatte. Und dass die etwa fünfzehn Leute, die aus Saudi-Arabien kamen, um bei den Anschlägen auf das WTC und das Pentagon mitzumachen, ihre Visa vom amerikanischen Generalkonsulat in Djidda erhielten.

CBC: Heißt das etwa, dass man diesen Hahn noch immer nicht zgedreht hat, dass das immer noch so weiter geht?

SPRINGMANN: Genau. Ich glaubte, man habe damit aufgehört, nachdem ich so viel Krach geschlagen hatte. Ich hatte mich bei der Botschaft in Riad und bei allen zuständigen Regierungsstellen in Washington beschwert, und die Angelegenheit wurde anscheinend im ganzen Außenministerium diskutiert.

CBC: Wenn das stimmt, dann hätten viele der Terroristen, die mutmaßlich jene Flugzeuge in jene Ziele steuerten, ihre Visa mit Hilfe der CIA im US-Konsulat in Djidda bekommen. Das weist doch auf eine Beziehung hin, die offensichtlich noch vor kurzem, nämlich im September, bestanden haben muss. Aber wofür brauchte die CIA diese Leute?

SPRINGMANN: Das weiß ich nicht. Und das ist etwas, das ich schon seit zehn Jahren durch eine ganze Reihe von Auskunftersuchen herausfinden wollte, die sich auf das Gesetz über die Informationsfreiheit beriefen. Aber von Anfang an haben das Außenministerium und die CIA meine Gesuche ab- geschmettert. Und das ist heute noch so.

CBC: Wenn die CIA ein nahes Verhältnis zu den Leuten unter- hielt, die für den 11. September verantwortlich sind, würden Sie dann unterstellen, dass sie in gewisser Weise sogar Beihilfe zu diesem Verbrechen geleistet hat?

SPRINGMANN: Ja, entweder durch Unterlassung oder durch Fehlverhalten. [...] Und ihre Versuche, mich mundtot zu ma- chen, überzeugten mich immer mehr davon, dass dies wirk- lich keine Wahnvorstellung oder pure Ausgeburt meiner Phantasiewar. [...]

CBC: Aber wenn Sie die Ereignisse von 1987 nehmen, als man den falschen Leuten Visa erteilte, und dann annehmen, dass das noch einmal bei denselben Leuten passierte, die für die Anschläge auf New York und Washington verantwortlich sind, dann ist das doch ein Quantensprung. Welche Erklärung haben Sie dafür?

SPRINGMANN: Nach allem, was ich weiß, nach allem, was wir wissen, war das eventuell nicht beabsichtigt, es könnte ein Fehler gewesen sein, es könnte auch eine Fehleinschätzung der Tatsachen gewesen sein. Aber es könnte auch, nach allem, was wir wissen, der Versuch gewesen sein, die Vereinigten Staaten auf irgendeine Weise direkt in die Sache zu verwickeln. Ich meine, es hat ja nur ein paar Tausend Tote gegeben, und was ist das, verglichen mit dem, was die USA im Nahen Osten gewinnen könnten?

CBC: Aber Sie sind ganz sicher, dass die Visa von Mohammed Atta und anderen in Djidda ausgestellt worden sind?

SPRINGMANN: Nun, das habe ich aus einem Artikel in der Los Angeles Times.«

Obwohl Springmann durch seine eindringlichen Warnungen und Beschwerden das Außenministerium über diese gesetzeswidrigen Vorgänge in Kenntnis setzte, drehte als Antwort darauf die US-Regierung den Hahn nicht zu, sondern vielmehr noch weiter auf. All dies geschah trotz zunehmender Hinweise auf saudische Verbindungen zum Terrorismus. So berichtet die St. Petersburg Times: »Nach dem Golfkrieg wurde 1991 die Visa-Angelegenheit noch nebulöser. FBI-Agenten klagten, dass ihre saudischen Amtskollegen die Untersuchungen von Terrorangriffen behinderten, einschließlich eines Bombenattentats in Dharan im Jahre 1996, bei dem 19 amerikanische Soldaten getötet wurden. Die Amerikaner hatten auch den Verdacht, dass die saudische Monarchie wenig tat, um den Terrorismus auf saudischem Boden zu bekämpfen und die antiamerikanischen Drohungen zu beenden: «

»Aber statt in dieser Situation die Erteilung von Visa schärfer zu kontrollieren, machte es die US-Regierung saudischen Besuchern noch einfacher, nach Amerika zu kommen. Vier Monate vor dem 11. September wurde unter dem Namen U. S. Visa Express ein Programm gestartet, das es Saudis erlaubte, ihre Visa über zehn Reisebüros zu beantragen - wobei sie oft nicht einmal zu einem Gespräch in die US-Botschaft oder in ein Konsulat kommen mussten.«

Wir sollten uns daran erinnern, dass diese unglaublichen Regelungen, die in völligem Gegensatz zu den geltenden Visavorschriften des Außenministeriums stehen, von der Bush-Administration ungefähr zur gleichen Zeit getroffen wurden, als die dringenden und glaubhaften Warnungen eingingen, die die US-Geheimdienste wegen eines unmittelbar bevorstehenden al-Qaida-Attentats in Alarmzustand versetzten: im Mai und Juni 2001.

.....

Hier geht es nicht darum, die Grenzen weiter abzuschütten, sondern darum, warum bestehende normale Regelungen nur in Saudi-Arabien ignoriert und verletzt worden sind. Tatsächlich hatte Springmann selbst das US-Außenministerium immer wieder wegen dieser dubiosen Praktiken gewarnt. Aber die US-Regierung ließ es offensichtlich zu, dass diese Machenschaften munter weitergingen.

.....

All dies sollte man im Zusammenhang sehen mit der vernichtenden Aussage des ehemaligen Leiters des US-amerikanischen Visabüros in Djidda. Michael Springmann stellt fest:

»Ich hatte nicht gegen Betrug protestiert. Wogegen ich in Wirklichkeit protestierte, war der Versuch, von Osama bin Laden angeworbene Männer in die Vereinigten Staaten zu lassen, wo sie von der CIA ein Terrortraining erhalten sollten. [...] Es war nicht das US-Außenministerium, das das Konsulat in Djidda leitete. Es war die CIA. Ich weiß ganz sicher, dass von den knapp zwanzig von Washington entsandten Mitarbeitern dort nur drei Personen (einschließlich mir) keine Verbindungen, ob beruflicher oder anderer Art, zu einem der amerikanischen Geheimdienste hatte.«

.....

Ein ehemaliger FBI-Mann mit langer Erfahrung im Antiterror-Kampf erzählte dem Magazin: »Ich glaube einfach nicht, dass wir nicht gewusst haben sollen, was kommen würde. « Er wies auf die außergewöhnliche Schnelligkeit hin, mit der das FBI detaillierte Auskünfte über das Attentat und die verantwortlichen Entführer liefern konnte: innerhalb von 24 Stunden (nach den Anschlägen) hatte das Büro etwa zwanzig Leute identifiziert und deren Fotos an die Medien gesandt. Offen- sichtlich waren diese ganzen Informationen in den Akten vorhanden gewesen, und einer hatte sie einfach nicht weiter- geleitet. «

Ein anderer Ermittler des FBI bestätigte, dass es »im ganzen Büro« bekannt war, »wie diese [Warnungen] von Washington ignoriert wurden. [...] Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Informationen von einigen der erfahrensten Jungs stammten, Leuten, die ihr ganzes Leben dieser speziellen Arbeit gewidmet haben. Aber ihre Warnungen wurden in einem großen Stapel in irgendeinem Büro in Washington abgelegt. [...] In einigen Fällen sagten diese Außendienst-Agenten ziemlich genau voraus, was am 11. September geschehen würde. Deshalb hielten wir alle den Atem an [...] und hofften, dass die Sache bereinigt werden würde. « Die vernichtenden Kommentare des ersten ehemaligen FBI-Agenten im New American verdienen besondere Beachtung:

»Das Ganze ist eigentlich sehr erschreckend. Das FBI hatte mindestens seit 1997 Zugang zu diesen Informationen. Offen- sichtlich haben wir unsere Arbeit nicht gemacht. Ich hätte nie erwartet, dass so etwas in unserem Land passieren könnte, aber irgendwie war ich auch nicht schockiert, als es dann doch geschah. Da muss mehr dahinter stecken, als wir sehen können - Leute von ganz oben, deren Karrieren auf dem Spiel stehen und die nicht wollen, dass die Wahrheit herauskommt. [...] Was für ein Programm wird hier eigentlich gespielt? Offensichtlich hätte man es wissen müssen - es musste Leute geben, die wussten, dass diese Informationen im Umlauf waren. Leute wie die

al-Qaida-Terroristen reisen nicht einfach so ein und aus, ohne dass es einer merkt. Wenn einer in Washington dann diese Informationen einfach so aus dem Verkehr zieht - und es ist ziemlich leicht, Dinge von der Hauptstadt aus zu kontrollieren - dann geht dieses Problem viel, viel tiefer. [...] Es ist zwar schrecklich, so was zu denken, aber man hat wohl das Ganze zugelassen, als Teil eines dahinterliegenden, weiterführenden Plans.«

Ein Ermittler der Antiterror-Task Force des FBI in Südflorida, einer Eliteeinheit zur Aufdeckung von Spionage und Terrorismus, stimmte dieser Einschätzung im Wesentlichen zu:

»Dieses Memo aus Arizona wäre von unschätzbarem Wert gewesen. Mit den Namen dieser Flugschulen in Florida hätten wir diese Jungs sicher aufgespürt. Gleich nach den Attentaten wussten wir, dass die Regierung ein Problem hatte. Nur Stunden nach den Anschlägen kannten wir die Namen der Entführer und wussten, dass wir uns um die Flugschulen kümmern mussten. Wenn man sah, wie schnell die Informationen bei uns eintrafen, war es klar, dass jemand in Washington vorher etwas davon gewusst haben muss. Sie haben nichts unternommen, sie haben es verbockt, und jetzt kommt es endlich heraus.«

Dieser Agent bestätigte also, dass das FBI nur Stunden nach den Attentaten genau wusste, welche Flugschulen man überprüfen und nach wem man suchen musste: also wer die Attentäter und ihre Helfer waren. Das FBI-Hauptquartier kannte also viel mehr fast alarmierend genaue Einzelheiten, als man nun zuzugeben bereit ist. Aber man behinderte die eigenen Agenten, während man die Verbreitung dieser wichtigen Informationen manipulierte (oder in den Worten eines von Schippers Geheimagenten »unterdrückte«). Es muss hier betont werden, dass man von höchster Stelle aus auch die Untersuchungen von FBI und militärischen Geheimdiensten blockierte, die die möglichen terroristischen Verbindungen zwischen der Familie bin Ladens und dem saudischen Königshaus aufklären sollten. Der Londoner Guardian zeigte auf, wie US-Nachrichtendienste von ganz oben daran gehindert wurden, den Aufbau von bin Ladens Terrornetzwerk zu untersuchen:

»Beamte von FBI und militärischen Geheimdiensten in Washington behaupten, sie seien aus politischen Gründen vor den Terrorattentaten vom 11. September daran gehindert worden, die Mitglieder der bin-Laden-Familie, die sich in den USA aufhielten, genau zu überprüfen. [...] US-amerikanische Geheimdienste [...] beklagen sich, dass ihnen die Hände gebunden waren. [...] Sie geben an, dass diese Beschränkungen noch schlimmer geworden seien, nachdem die Bush-Administration in diesem Jahr die Regierungsgeschäfte übernommen habe. Die Geheimdienste wurden angewiesen, Nachforschungen zu unterlassen, die andere Mitglieder der bin-Laden-Familie, das saudische Königshaus und mögliche saudi-arabische Verbindungen zum Erwerb von Nuklearwaffen durch Pakistan betrafen. >Es gab bestimmte Ermittlungen, die vollständig eingestellt werden mussten.«

Diese Erkenntnisse, zusammen mit David Schippers Enthüllungen über das detaillierte Wissen der amerikanischen Geheimdienste über die Terroranschläge vom 11. September und deren Urheber, sind erdrückende Beweise dafür, dass trotz ausreichender Informationen, in Übereinstimmung mit Direktiven von höchsten Stellen der Bush-Administration, ganz bewusst nichts unternommen wurde.

.....

Hier würden jetzt Passagen folgen, die ihr am Besten in den Kurzzusammenfassungen der folgenden Links lest (da ansonsten wirklich zu lang):

"Schuldig für den 11. September: Bush, Rumsfeld, Myers" und "Terror, Geld und Macht"

(Findet ihr auf der USA-Startseite: http://www.miprox.de/index_USA.html)

.....

DIE NACHRICHTENDIENSTE DER USA: STRUKTUELLE INKOMPETENZ ODER POLITISCHE BLOCKADEN ?

.....

Die Punkte verbinden: eine Fallstudie

Ein Memo von Coleen M. Rowley, der Spezialagentin und Chefjustiziarin der FBI-Abteilung in Minneapolis, zeigt, wie hochrangige Mitglieder des Regierungsapparats wichtige Ermittlungen im Rahmen der Terrorbekämpfung gezielt behindert haben. Gleichzeitig ignorierten diese Personen glaubwürdige Warnungen aus Geheimdienstkreisen, die sich auf die Anschläge des 11. September bezogen. Rowley nennt die Namen von Einzelpersonen im FBI-Hauptquartier, die die Ermittlungen gegen Zacarias Moussaoui systematisch behinderten und für eine veritable

»Blockade« sorgten. Moussaoui wurde von der US-Einwanderungsbehörde INS (Immigration and Naturalization Service) in Zusammenarbeit mit der Joint Terrorism Task Force des FBI festgenommen und steht heute als Mitverschwörer der Anschläge des 11. September unter Anklage. Nach seiner Festnahme beantragten FBI-Beamte aus Minneapolis in Washington einen Durchsuchungsbefehl zur Legitimation umfassen- der Ermittlungen, die insbesondere Moussaouis Computer gelten sollten. Rowley hält fest, dass Beamte im FBI-Hauptquartier mehrere dringende Anfragen aus Minneapolis ablehnten und dies mit einem Mangel an Beweisen für Moussaouis Verbindungen zu einer ausländischen Terrororganisation begründeten. An dieser Haltung änderte sich auch nach einer Bestätigung des französischen Geheimdienstes nichts: Moussaoui hatte Verbindungen zu Osama bin Ladens al-Qaida.

Dazu noch mal eine Wiederholung von weiter oben:

"Die New York Times kommentiert, dass der Fall Moussaoui »aufs Neue die Frage aufwirft, warum das FBI und andere Dienste die Entführungen nicht verhindern konnten«. In diesem Zusammenhang erscheint es erwähnenswert, dass dem Bundesgericht Anträge Moussaouis vorlagen, dass er sowohl vor einer Grand Jury als auch vor dem US-Kongress über die Anschläge vom 11. September aussagen möchte. Er behauptet, über Informationen zu verfügen, die bewiesen, dass die US-Regierung wollte, dass diese Anschläge tatsächlich stattfinden. Bisher wurde diese Anträge immer abgelehnt."

.....
Rowley hält in ihrem Papier fest: »Weder in Gesprächen noch in der schriftlichen Korrespondenz teilte das Hauptquartier den Agenten in Minneapolis jemals mit, dass die FBI- Abteilung in Phoenix nur drei Wochen zuvor eine Warnung durchgegeben hatte. Dabei war von Einsatzkräften der al-Qai-l da die Rede gewesen, die sich in amerikanischen Flugschulen mit terroristischen Zielen zu Piloten ausbilden ließen. « Wäre die Information weitergegeben worden, hätte dies eine zusätzliche Rechtfertigung für einen Durchsuchungsbefehl für Moussaouis Wohnung und Computer gebracht. Jetzt ist ans Tageslicht gekommen, dass die Informationen aus Minneapolis und aus Phoenix auf dem Schreibtisch ein und derselben Person landeten: bei David Frasca, dem Leiter der FBI-Einheit für radikale Fundamentalisten im Hauptquartier in Washington. In Frascas Besitz befanden sich also mit anderen Worten zwei höchst brisante Dokumente: 1. Eine Mitteilung, aus der hervorging, dass sich militante Muslime mit Verbindungen zu al-Qaida an amerikanischen Flugschulen zu Piloten ausbilden ließen. 2. Ein Bericht über die Verhaftung einer dieser Personen, weil diese eine Boeing 747 fliegen, aber auf das Üben von Starts und Landungen verzichten wollte, und dies vor dem Hintergrund nachgewiesener Verbindungen zu al-Qaida. Man braucht keine Geheimdienstausbildung, um die Zusammen- hänge zwischen beiden Berichten zu erkennen.

FBI-Vertreter bestätigten zunächst die Berichte, dass Frasca die Informationen aus Phoenix und Minneapolis erhalten hatte. Als die erschreckenden Konsequenzen deutlich wurden, die sich aus diesem Eingeständnis ergaben, ruderte das FBI zurück und behauptete, Frasca habe die Mitteilung aus Phoenix erst nach dem 11. September gelesen. Das widerspricht der Tatsache, dass sie Wochen vor dem Bericht über Moussaoui eingegangen war. Dieser Bericht wurde gelesen (und, nach den Worten eines Senators, »sabotiert«). Frasca verweigerte bis heute jeglichen Kommentar zu diesem Thema: »Frasca, der im FBI-Hauptquartier in Washington, D. C., arbeitet, war gestern für die Eagle-Tribune telefonisch nicht zu erreichen und hat bis heute zu dieser Angelegenheit keine öffentliche Stellungnahme abgegeben.« Spezialagentin Rowley aus Minneapolis erklärte dagegen, die in ihrem Memo beschriebenen Fakten seien (einschließlich der Mitteilung aus Phoenix) der FBI-Führung in vollem Umfang bekannt gewesen. Die Washington Post bezieht sich in einem Beitrag aus Rowleys Bericht:

»Leitende FBI-Beamte schienen nach Rowleys Worten so konsequent darauf bedacht zu sein, die von Moussaoui ausgehende Bedrohung zu ignorieren, dass manche Agenten im Einsatz vor Ort bereits darüber spekulierten, einige Spitzenbeamte im FBI-Hauptquartier >müssten Spione oder Maulwürfe sein, [...] die in Wirklichkeit für Osama bin Laden arbeiteten und deshalb die Arbeit des Büros in Minneapolis sabotierten.<<

.....

FBI-Direktor Robert Mueller hielt Rowleys Memo für so aufschlussreich und schädlich zugleich, dass er es zunächst durch einen »Vertraulich«-Vermerk aus dem Verkehr ziehen wollte. Er verweigerte die Herausgabe an den Rechtsausschuss (Judiciary Committee) des Senats.

.....

Es ist denkbar, dass die US-Regierung die möglichen Folgen der drohenden Anschläge falsch einschätzte. Nach Meinung des Autors legen die verfügbaren Informationen jedoch den dringenden Verdacht nahe, dass auf höherer politischer Ebene in Washington eine wohl überlegte Entscheidung getroffen worden ist: Man entschloss sich, die

exakten Informationen über die sich entwickelnden Vorbereitungen für einen Terroranschlag auf dem Boden der USA bewusst zu ignorieren.

.....

Briefing des Präsidenten

.....

Solche mündlichen Briefings, das ist das Bemerkenswerte an der Sache, gab es früher nicht - George W. Bushs Vorgänger erhielten nur schriftliche Kurzinformationen. Dazu die Einschätzung der Washington Post: »Die Teilnehmer waren nur Bush, weil er mündliche Briefings mochte, und der CIA-Direktor, und so hatten die beiden eine enge Beziehung entwickelt. Te- net konnte sehr direkt, ja sogar respektlos und grob sein.« Dieser institutionelle Rahmen legt den Schluss nahe, dass die CIA, deren Direktor, das Außenministerium, der Präsident und einige Schlüsselfiguren in seiner unmittelbaren Umgebung im Weißen Haus letztlich dafür verantwortlich waren, dass trotz sich häufender Beweise für eine unmittelbar bevorstehende Bedrohung nichts unternommen wurde.

Dies könnte nur dann nicht zutreffen, wenn die Dienststroutinen nicht eingehalten worden wären. Aber für eine solche Annahme gibt es keinen plausiblen Grund. Gehen wir einmal gegen alle Indizien davon aus, dass die dienstliche Routine nicht eingehalten und die Nachricht von der Bedrohung nicht an die höchsten Entscheidungsträger weitergegeben wurde: In diesem Fall müsste man folgern, dass die Verantwortlichen auf der höchsten Führungsebene der US-Militärgeheimdienste zu finden sind. Diese Leute hätten dann die Verantwortung dafür, dass die wichtigsten politischen Entscheidungsträger der USA nicht informiert wurden. Dann bliebe die Frage ungeklärt: Warum und mit welchem Ziel (sofern es eines gab) taten sie das?

Es gibt wohl keinen guten Grund, ein solches Szenario für plausibel zu halten, aber es gibt gute Gründe für die Annahme, dass Warnungen vor einer bevorstehenden Operation von al-Qaida angesichts der äußerst ernststen Gefahr bis zur Führungsspitze durchgedrungen sind." Die Tatsache, dass Anfang August Informationen über die Vorbereitungen von al-Qaida für das Projekt Bojinka an Präsident Bush weitergegeben wurden, stützt diese Annahme.

Seltsamerweise verweigerte das Weiße Haus die Veröffentlichung des CIA-Briefings "bin Laden determined to strike in the U. S.«, das dem Präsidenten am 6. August auf seiner Ranch in Texas ausgehändigt worden ist. Jenes Briefing war auf Bushs Anfrage hin erarbeitet worden, nachdem er von ernst zu nehmenden Warnungen vor "einem im Sommer 2001 bevorstehenden Angriff « unterrichtet worden war. Bush war nach einschlägigen Berichten besorgt wegen "Zielen innerhalb des eigenen Landes«. Beide Dokumente bleiben unter Verschluss. Daniel Schorr, ein leitender Nachrichtenredakteur beim National Public Radio, hält die offizielle Begründung des Weißen Hauses für die verweigerte Herausgabe des August-Dokumentes für widersprüchlich: "Vizepräsident Dick Cheney sagte, das CIA-Papier sei nur ein >Aufguss<, der nichts Neues enthalte. Doch auf die Nachfrage, warum der Kongress dieses Papier dann nicht einsehen dürfe, antwortete Cheney: >Weil es höchst sensible Informationen über Quellen und Methoden enthält. Das ist der Familienschmuck. < Hier Aufguss, dort Familienschmuck?«

.....

Fortdauernde Versuche der Regierung Bush, eine solche Untersuchung der Gründe für das so genannte >Versagen der Geheimdienste< im Vorfeld des 11. September zu blockieren, liefern jedoch nur weitere Anhaltspunkte für die bereits gezogenen Schlussfolgerungen.

CNN berichtete Ende Januar 2002: »Präsident Bush persönlich bat am Dienstag Tom Daschle, den Mehrheitsführer im Senat, den Untersuchungsauftrag des Kongresses zu den Ereignissen vom 11. September zu begrenzen. CNN erfuhr dies von Informanten im Kongress wie auch im Weißen Haus. [...] Das Ersuchen wurde bei einem privaten Treffen mit führenden Vertretern des Kongresses am Dienstagmorgen ausgesprochen. Nach unseren Informationen begann Bush diese Unterhaltung. [...] Er bat darum, nur die Geheimdienstausschüsse von Repräsentantenhaus und Senat die vermuteten Pannen im Umgang zwischen den Bundesbehörden untersuchen zu lassen - die Fehler, die die Terroranschläge überhaupt erst ermöglicht haben könnten. Eine breiter angelegte Untersuchung, die einige Angehörige der Legislative vorgeschlagen hatten, sollte möglichst nicht stattfinden, berichteten die Informanten. Das Gespräch am Dienstag wurde nach einem ungewöhnlichen Anruf von Vizepräsident Dick Cheney bei Daschle am vergangenen Freitag geführt, bei dem dieselbe Bitte vorgetragen worden war. [...] Einige Demokraten, zum Beispiel die Senatoren Joe Lieberman (Connecticut) und Robert Torricelli (New Jersey), verlangten eine umfassende Untersuchung, die auch verschiedene Regierungsbehörden über den Geheimdienstbereich hinaus einbeziehen sollte.«

Der Vorwand für diese Vorschläge von Seiten der Regierung ist nach Daschles Auskunft, dass durch eine breiter angelegte Untersuchung »Arbeitskapazitäten und Personal« vom »Krieg gegen den Terror abgezogen« werden

müssten. Dies treffe bei Ermittlungen zu, die sich nicht auf die Annahme beschränkten, die Untätigkeit der Regierung sei lediglich eine Folge der »Pannen im Austausch zwischen Bundesbehörden«.

Paradoxerweise rechtfertigte die Regierung Bush so das Blockieren einer umfassenderen Untersuchung des Versagens der Geheimdienste mit der Notwendigkeit, die Anstrengungen der Regierung zur Bekämpfung des Terrors zu unterstützen. Anders gesagt: Die Regierung unterdrückte eine gründliche Analyse des schlimmsten Terrorangriffs in der Geschichte der Vereinigten Staaten - im Namen des Kampfes gegen den Terror.

Leider unterließ CNN den Hinweis, dass ein unentbehrlicher Teil wirkungsvoller Terrorbekämpfung die Gewinnung von Informationen ist, mit dem Ziel, Anschläge zu vereiteln. Bushs Vorschläge jedoch würden den Erwerb von Informationen dieser Art verhindern. Es ist nicht nur offensichtlich, dass die Regierung Bush es vor dem 11. September mit der Verhinderung des Terrors nicht ernst meinte. Es sieht auch ganz danach aus, als ob die Regierung diese Position nach den Attentaten beibehalten hätte - trotz der offensichtlichen Konsequenzen.

Die hier vorgelegte Dokumentation zeigt ohne jeden Zweifel, dass hochrangige Mitglieder der Regierung Bush die Arbeit der US-Geheimdienste blockierten und unschuldige Zivilisten »für einen höheren, guten Zweck« sterben müssten.

.....

DER KOLLAPS DER VERFAHRENSRICHTLINIEN AM 11.9.

.....

Ein Überblick über den Kollaps der Verfahrensrichtlinien am 11.9.

Der Historiker John Judge deckte weitere beunruhigende Tatsachen über das Versagen der US-Luftabwehr am 11. September 2001 auf. Judge, dessen Eltern dreißig Jahre lang Zivilangestellte im Pentagon waren und dessen Mutter im Büro der Vereinigten Stabschefs eine hohe Geheimnisträgerin war, die auch streng geheimes Material einsehen durfte, fragt sich, ob hinter der ganzen Sache nicht mehr stecken könnte:

»Es gibt da einen Hinweis, den ich von jemand erhalten habe, dessen Sohn auf der Otis Air Force Base stationiert ist. Der Sohn hat mit Piloten gesprochen, die zu dem Zeitpunkt, als das zweite Flugzeug einschlug, nach einem Alarmstart von Otis aus schon in der Luft waren. Die Piloten wurden dann auf den Flug 77, den Pentagonflug, aufmerksam und meldeten, dass sie jetzt die Maschine abfangen wollten, die gerade zurück von Ohio auf D.C. zuflog. Aber sie wurden von ihrer Kommandozentrale zurückgerufen. Blieben nun die Flugzeuge am Boden und gab es keine Reaktion auf die Ereignisse? Oder waren sie schon in der Luft und wurden zurückgerufen? Ich habe nicht die Mittel, diese Fragen erschöpfend zu klären, aber es sind Fragen, die sich einfach stellen und die Hintergründe dieses Szenarios betreffen, die in der öffentlichen Debatte nicht erörtert werden.«

Der amerikanische Militärexperte Stan Goff hat den Gang der Ereignisse gut zusammengefasst. Goff war 26 Jahre lang Soldat, zuletzt als Stabsfeldwebel der Spezialtruppen der US-Armee. Er war Taktiklehrer am Trainingscenter der US-Armee für Dschungelkampf (U. S. Army's Jungle Operations Training Center) in Panama, lehrte Wehrwissenschaften an der US-Militärakademie in West Point und war an Operationen in acht verschiedenen Konfliktherden von Vietnam bis Haiti beteiligt. Er stellt fest:

»Ich habe keine Ahnung, warum die Leute zum Verhalten Bushs und seiner Umgebung am Tag der Anschläge nicht einige ganz präzise Fragen haben.

Da werden vier Flugzeuge entführt und weichen von ihren Flugplänen ab und sind dabei die ganze Zeit auf den Radar- schirmen der FAA. Die Maschinen werden alle zwischen 7.45 Uhr und 8.10 Uhr Ostküsten-Sommerzeit gekapert. Wer wird benachrichtigt? Schon jetzt ist dies ein beispielloser Vorfall. Aber der Präsident wird nicht benachrichtigt und ist auf dem Weg zu einer Grundschule in Florida, wo ihm Kinder etwas vorlesen.

So gegen 8.15 Uhr sollte es endgültig klar sein, dass hier etwas Schreckliches passiert. Der Präsident schüttelt gerade Lehrern die Hände. Um 8.45 Uhr, als der Flug American Airlines 11 ins World Trade Center rast, setzt sich Bush gerade mit Kindern der Booker-Grundschule für die unvermeidlichen Fotos in Positur. Offensichtlich sind gleichzeitig vier Verkehrsmaschinen entführt worden, etwas, was die Welt noch nicht gesehen hat, eine davon ist gerade in einen der weltberühmten Zwillingsstürme eingeschlagen, und immer noch informiert niemand den nominellen Oberbefehlshaber.

Auch hat anscheinend noch niemand irgendwelche Abfangjäger alarmiert. Um 9.03 Uhr schlägt United-Flug 175 in den anderen Zwillingssturm des World Trade Center ein. Um 9.05 Uhr flüstert der Stabschef des Präsidenten, Andrew Card, George W. Bush etwas zu. Reporter bemerken, dass sich Bushs Miene >kurzzeitig verdüsterte. Bricht er nun den Schulbesuch ab und beruft eine Dringlichkeitssitzung ein? Nein. Er hört wieder Zweitklässlern zu [...] und fährt auch damit fort, als der American-Airlines-Flug 77 über Ohio unvermittelt umdreht und Richtung Washington, D. C., fliegt.

Hat er seinen Stabschef Card angewiesen, die Luftwaffe zu alarmieren und starten zu lassen? Nein. Endlose 25 Minuten später bequemt er sich endlich zu einer öffentlichen Erklärung und erzählt den Vereinigten Staaten, was sie eh schon wussten, nämlich dass es einen Anschlag mit entführten Flugzeugen auf das World Trade Center gegeben hat. Da gibt es noch ein anderes gekapertes Flugzeug, das pfeilgerade auf Washington zusteuert, aber hat man die Luftwaffe schon zur Verteidigung der Hauptstadt alarmiert? Nein.

Als er um 9.30 Uhr seine Stellungnahme abgibt, ist der American-Flug 77 noch zehn Minuten von seinem Ziel, dem Pentagon, entfernt. Die Administration wird später behaupten, sie habe nicht wissen können, dass das Pentagon ein Ziel sein könnte, und sie habe angenommen, dass Flug 77 auf dem Weg zum Weißen Haus sei, aber Tatsache ist, dass das Flugzeug schon nach Süden an der Flugverbotszone des Weißen Hauses vorbeigeflogen war und nun mit über 650 km/h durch die Lüfte raste.

Um 9.35 Uhr vollführt das Flugzeug noch eine 360-Grad- Schleife über dem Potomac. Es steht dabei die ganze Zeit unter Radarüberwachung, aber es wird nicht einmal das Pentagon evakuiert und es tauchen immer noch keine Düsenjets der Luftwaffe am Himmel über Washington und seiner Nachbarstadt Alexandria, Virginia, auf. Und jetzt kommt der Clou: Ein Pilot, von dem sie uns weismachen wollen, er habe an einer Flugschule für solche Grashüpfer wie Piper Cubs und Cessnas in Florida trainiert, fliegt eine genau getimte Abwärts-Spirale, er steigt die letzten 2100 Meter in zweieinhalb Minuten ab und bringt das Flugzeug so tief und flach herein, dass es die elektrischen Leitungen auf der anderen Straßenseite gegenüber dem Pentagon kappt, und zuletzt lenkt er es mit größter Präzision und mit einer Geschwindigkeit von 740 km/h in die Westseite des Gebäudes.

Als die Theorie, dass man in einer Schule für Grashüpfer so gut fliegen lernen könne, auf immer mehr Skepsis stieß, hieß es plötzlich, sie hätten an einem Flugsimulator weiter trainiert. Das wäre dann so, als ob man seine Teenager-Tochter dadurch auf ihre erste Ausfahrt auf der Interstate-Autobahn 40 im Berufsverkehr vorbereiten würde, dass man ihr ein Videospiele mit Autofahrsimulation kauft. [...] Hier hat man eindeutig eine Story über diese Ereignisse zusammengebastelt.«

Stan Goffs Beobachtungen sind sehr wichtig. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrung als Militärexperte vertritt er die Meinung, dass die offizielle Darstellung der Ereignisse nicht die Realität wiedergeben könne, sondern eine von der Regierung »zusammengebastelte Story« sei. Diesen Schluß zieht er aus seinem tief gehenden Verständnis für die Vorgehensweise und die Fähigkeiten des amerikanischen Militärs. Die Frage, die sich dann natürlich stellt, ist die: Wovon will die Regierung ablenken, wenn sie solche »Storys« konstruiert? Denn die bisherige Analyse hat ja ganz klar gezeigt, dass auf jeder Stufe der eskalierenden Krise des 11. September die Alarmrichtlinien der amerikanischen Luftfahrtbehörden systematisch missachtet wurden.

.....

Darüber hinaus kann man die verheerenden Auswirkungen dieses Ablaufs der Ereignisse nur dann verstehen, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass an diesem 11. September alle einschlägigen Verfahrensrichtlinien (SOPs) vollständig und völlig unerklärlich missachtet wurden - **etwas, was in dieser Form noch nie geschehen war**. Die Frage bleibt, wer dafür verantwortlich war, dass keine dieser Notfall-Vorschriften eingehalten wurden, und warum.

.....

In den letzten 30 Jahren hat es in den Vereinigten Staaten 682 Flugzeugentführungen gegeben, und bei allen sind die entsprechenden FAA-Richtlinien befolgt worden. Jared Israel zieht daraus die Folgerung: »Eine Sabotage der durch strenge Hierarchien kontrollierten routinemäßigen Sicherungssysteme wäre ohne die Beteiligung der höchsten Führungsebene der US-Streitkräfte niemals erwogen, geschweige denn versucht worden.«

»Dazu gehören US-Präsident George Bush, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und der damalige amtierende Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General der Luftwaffe Richard B. Myers. [Dies sind] hinreichende Verdachtsmomente zur Anklageerhebung gegen die oben genannten Personen wegen einer gemeinschaftlichen Verschönerung zum Mord an Tausenden von Menschen, die zu schützen sie geschworen hatten.«

.....

Der Autor ist der Meinung, all dies deute unverkennbar darauf hin, dass wichtige, hochrangige Personen in den US-Streitkräften und der Bush-Administration für die Terrorakte vom II. 9. auf amerikanischem Boden auf Grund einer Kombination von gezieltem Handeln und bewusster Untätigkeit direkte Verantwortung tragen. Andere Experten kamen zu ganz ähnlichen Schlüssen. Der pensionierte Luftwaffenoffizier Oberstleutnant Steve Butler, der 24 Jahre bei der Luftwaffe diente, äußerte den Verdacht, dass »Präsident Bush von den bevorstehenden Angriffen wusste«, aber sie bewusst und absichtlich geschehen ließ, weil er »diesen Krieg gegen den Terrorismus brauchte.«

.....

AMERIKAS VERBINDUNGEN ZUM MEISTGESUCHTEN MANN DER WELT

.....

Osama bin Laden und die CIA: Verbündete im kalten Krieg

.....

Ahmed Rashid schrieb in der Pittsburgh Post-Gazette, dass Osama bin Ladens Engagement im von den USA unterstützten Widerstand gegen die sowjetische Besatzungsmacht von seiner Familie vorbehaltlos gutgeheißen wurde. Dasselbe galt auch für die USA. Cooley berichtet, dass Osama bin Ladens Aktivitäten in Afghanistan sich »mit voller Zustimmung der saudischen Regierung und der CIA entwickelten«. Nach einer vertraglichen Vereinbarung mit der CIA bauten bin Laden und die im Familienbesitz befindliche Firma für viele Milliarden Dollar die Höhlensysteme, in denen er sich offensichtlich zuletzt verborgen hielt:

»1986 war er am Bau eines von der CIA finanzierten Tunnelkomplexes beteiligt. Diese tief in die Berge hineingetriebene Anlage, die in der Nähe der pakistanischen Grenze lag, sollte als geräumiges Waffenlager dienen, außerdem als Ausbildungslager und medizinisches Zentrum für die Mudschaheddin.«

Cooley hält außerdem fest, dass bin Laden

»[...] beim saudischen Geheimdienst wie auch bei der CIA als Idealbesetzung für die führende Rolle galt, in die er hineinwuchs. Bin Laden investierte auch Geld (aus Firmenmitteln und aus seinem Privatvermögen) in Anwerbung, Transport und militärische Ausbildung der arabischen Freiwilligen, die zunächst nach Peshawar kamen und dann nach Afghanistan gingen. [...] Im Jahr 1985 hatte bin Laden genügend aus dem Familien- und Firmenvermögen stammendes Geld angehäuft, [...] um al-Qaida aufbauen zu können.«

Cooley schreibt dazu: »Die CIA war hocheifrig über bin Ladens tadellose, aus Saudi-Arabien stammende Referenzen und ließ ihm in Afghanistan freie Hand. Die Generäle des pakistanischen Geheimdienstes handelten ebenso.«

.....

Die CIA, der saudi-arabische Geheimdienst und bin Laden hatten deshalb 1991 eine ganze Reihe von Zusammenkünften. Der genaue Inhalt der dabei gefassten Beschlüsse ist zwar nach wie vor geheim, es gilt aber als sicher, dass die CIA unverändert entschlossen war, ihren Einfluss in Afghanistan geltend zu machen, »am wichtigsten Verkehrsweg nach Zentralasien, wo die großen Ölkonzerne die Vorbereitungen für das Öl-Eldorado des kommenden Jahrtausends trafen«. Auch die Saudis wollten »um jeden Preis« das Bündnis zwischen bin Laden und Pakistan aufrechterhalten. Das war den Vereinigten Staaten recht, denn man brauchte einen Vasallen, der sich gegen den Einfluss des schiitischen Islam wandte."

Osama ist kein schwarzes Schaf

.....

Glaubwürdige Berichte zeigen außerdem, dass es niemals zu einem vollständigen Bruch zwischen Osama bin Laden und seiner Familie gekommen ist und dass der Anführer der al-Qaida immer noch enge Beziehungen zu vielen Familienmitgliedern unterhält. Vincent Cannistraro, ein ehemaliger Leiter der CIA-Abteilung für Terrorbekämpfung, sagte hierzu Jane Mayer, einer Reporterin der Zeitschrift New Yorker: »Die Saudi Binladin Group - so lautet der Name des Familienunternehmens - gibt sich bei der Distanzierung von Osama offensichtlich alle Mühe. Ich habe mich jahrelang mit den bin Ladens beschäftigt, und man kann jederzeit erklären: >Wir wollen nichts mit ihm zu tun haben. < Das haben viele Familienmitglieder gesagt. Aber Blut ist dicker als Wasser.«

.....

Nach einem Bericht der Pittsburgh Tribune-Review waren unter diesen so zügig aus dem Land geschafften Personen mindestens zwei Brüder Osamas, die verdächtigt wurden, Kontakte zu Terroristen zu unterhalten: »Die World

Assembly of Muslim Youth (WAMY) [ist] als Geldverteiler für al-Qaida und Hamas bekannt. [...] Die Büros der WAMY befinden sich im Washingtoner Vorort Herndon in Virginia, und dort wohnten auch Abdullah und Omen bin Laden - zwei Brüder Osamas. Sie verschwanden spurlos, nachdem die in den Vereinigten Staaten ansässigen Mitglieder der Familie bin Laden am 12. September 2001 mit einer von der saudi-arabischen Regierung gecharterten Maschine in die Heimat geflogen wurden«. Zu diesem Zeitpunkt durfte in den USA offiziell keine Maschine mehr starten. Offensichtlich lag für diesen Flug eine Erlaubnis von hohen US-Regierungsstellen vor.

Verbindungen zwischen den Familien Bush und bin Laden

Es gibt zwingende Beweise dafür, dass es zwischen Osama bin Laden und seiner Familie keineswegs zum Bruch gekommen ist, und gleichzeitig ist auch erwiesen, dass die Regierung Bush sehr wichtige Verbindungen zu eben dieser Familie unterhält. Dazu schrieb der New Yorker: »Im Lauf der Jahre hat es ebenso herzliche wie wichtige Verbindungen zwischen Mitgliedern der Familie bin Laden und Führungspersonlichkeiten des außenpolitischen Establishments in Amerika und Großbritannien gegeben.« Es erschienen Berichte über die langjährigen finanziellen Verbindungen zwischen der Familie bin Laden und dem riesigen amerikanischen Investmentkonzern Carlyle Group, auf dessen Gehaltsliste auch der frühere US-Präsident George H. W. Bush senior steht.

.....

»Wenn die USA in ihrem Bestreben, die angeblichen terroristischen Aktivitäten von Osama bin Laden zu beenden, den Verteidigungshaushalt erhöhen, könnte es dabei einen unerwarteten Nutznießer geben: Mr. bin Ladens Familie. [...]«

.....

In den letzten Jahren haben Ex-Präsident Bush, Ex-Außenminister James Baker sowie Ex-Verteidigungsminister Frank Carlucci die Pilgerfahrt nach Djidda ins Hauptquartier der Familie bin Laden angetreten. Mr. Bush hält im Namen der Carlyle Group Vorträge und ist Chefberater bei deren Fonds Asian Partners, Mr. Baker ist der Chefjustiziar und Mr. Carlucci der Chairman des Unternehmens.

.....

Die Vorstellung, dass die Familie bin Laden von den Entscheidungen der Regierung Bush geschäftlich profitiert haben könnte, ist ungeheuerlich. An dieser Stelle sei noch einmal an die glaubwürdigen Berichte erinnert, nach denen es keinen Bruch zwischen Osama bin Laden und seiner Familie gab. Deshalb bestehen auch nach wie vor Kontakte und finanzielle Verbindungen. Außerdem hat die Familie Bush seit längerem finanzielle Verbindungen zur Familie bin Laden, und zwar, neben anderen geschäftlichen Kontakten, über Investitionen in der Rüstungsindustrie. Dies ist ein verblüffender Hinweis auf möglicherweise zweifelhafte Rolle der Regierung Bush im Zusammenhang mit dem 11. September, und die intensiven Kontakte der Carlyle Group mit der US-Regierung verstärken den Verdacht noch. Judicial Watch schrieb in einer Pressemitteilung vom 27. September 2001, Carlyle sei so eng mit der Regierung Bush verflochten, dass das Unternehmen direkten Einfluss auf die Organisationsstruktur des Verteidigungsministeriums habe.

.....

Schließlich sollte noch festgehalten werden, dass sich unter der Vielzahl von Projektentwürfen für die Errichtung von Erdölpipelines durch Afghanistan auch ein Jointventure des Bauunternehmens H. P. Price und der Familie bin Laden befindet. H. P. Price hat inzwischen seinen Namen in Bredero Shaw, Inc. geändert. Zufällig gehört dieses Unternehmen einer Tochtergesellschaft des Bauriesen Halliburton, und dessen Chief Executive Officer (CEO) war bis zu den Wahlen im November 2000 der amtierende Vizepräsident Dick Cheney. Aus all diesen Informationen ergibt sich ein skandalöses Bild. Zwischen den Familien Bush und bin Laden scheint es schon seit langer Zeit finanzielle Verbindungen zu geben. Es sieht auch so aus, als ob Osama bin Laden nach wie vor Verbindungen zu seiner Familie hat. Und gegen Mitglieder dieser Familie gab (und gibt) es Ermittlungen wegen finanzieller Unterstützung des Terrorismus, ganz besonders aber wegen finanzieller Hilfe für das angebliche »schwarze Schaf« der Familie. George Bush jr. blockierte vor dem 11. September die Ermittlungen zu den Kontakten der bin Ladens zur Terroristenszene. Außerdem hatten beide Familien von einem Krieg gegen Afghanistan, der durch die Anschläge am 11. September ausgelöst wurde, finanzielle Vorteile zu erwarten. Dies deutet auf seit langem bestehende finanzielle Kontakte, die über die Familie bin Laden laufen und eine Beziehung zwischen Osama bin Laden, der Familie Bush und der gegenwärtigen US-Regierung herstellen.

.....

Das Bündnis zwischen den USA und Saudi-Arabien

.....

Ein Flugzeug mit führenden Mitgliedern des saudischen Königshauses an Bord durfte starten, während alle anderen Privatflugzeuge am Boden bleiben mussten: Das ist ein sicheres Zeichen dafür, dass eine auf hoher Regierungsebene aus- gestellte Ausnahmegenehmigung vorgelegen haben muss. Die Bundesregierung hatte das Startverbot für Privatflugzeuge mit einem nationalen Notstand begründet, doch für diesen einen saudischen Flug gab es grünes Licht. Hopsicker spürte die Besitzer des Learjets auf, mit dem die Saudis Tampa verlassen hatten - und das führte ihn unweigerlich zur Firma Huffman Aviation in Venice/Florida zurück: »Das Flugzeug kam aus einem privaten Hangar bei Raytheon Airport Services in Tampa. Also gingen wir zuerst dorthin. [...] Raytheon ist ein wichtiges Unternehmen im Bereich der militärischen Geheimdienstes:

»Als wir bei Raytheon anfragten, wer denn der Besitzer des Learjets sei, erhielten wir zur Antwort, wir mussten zuerst diesen Mann fragen: Er sollte Raytheon anweisen, uns diese Frage zu beantworten. Ein Sprecher von Raytheon sagte: »Ich habe unsere Position bezüglich Informationen zu Eigentümern bzw. Kunden überprüft: Wir geben keine Auskunft, solange nicht der Besitzer selbst die Information freigibt.« [...] Schließlich [erfuhren wir] von einem sachkundigen Informanten aus dem Luftfahrtbereich, dass der fragliche Learjet sehr wahrscheinlich von einem Charterdienst in Naples/Florida gestellt worden war. »Wally Hilliard ist der einzige Anbieter eines Lear-Charterdienstes im Südwesten von Florida~ sagte unser Mann. »Wenn an diesem Tag ein Learjet geflogen ist, muss er ihm gehört haben.« Der Unternehmer »im Ruhestand« Hilliard hat eine Vielzahl von geschäftlichen Verbindungen. Unter anderem ist er auch der Partner und Finanzier des »Magic Dutch Boy« Rudi Dekkers. Und Dekkers Flugschule in Venice/Florida war die Anlaufstelle der Terroristen in Amerika. Wenn Hilliards Learjets die Saudis in einer CIA-Aktion (oder von höchster Ebene gesteuerten Regierungsaktion) aus dem Raytheon-Gelände herausschleusen konnten, Hilliard gleichzeitig aber auch der Boss von Magic Dutch Boy Rudi Dekkers ist, dessen Unternehmen Mohammed Atta und seinen Terrorkadern das Fliegen beigebracht hat ... Nun, daraus kann jeder seine Schlüsse selbst ziehen... Mr. Hilliard hat bis zum Druckbeginn nicht auf telefonische Anfragen zu einer Stellungnahme geantwortet.«

.....

Noch schlimmer wirkt die dokumentierte Tatsache, dass Huffman Aviation vor dem 11. September bei der Erteilung von Visa von der US-Regierung bevorzugt behandelt wurde. »In Florida gibt es über 200 Flugschulen. Sämtliche Terrorpiloten entschieden sich für eine der beiden Schulen in Venice, Florida. Diese beiden Schulen in Venice waren die Anlaufstelle der Terroristen in Amerika: «

»Was machte diese beiden Flugschulen bei den Terrorkadern so beliebt?

Es scheint so, als würden einige Flugschulen Privilegien genießen. [...] In einem der ersten Berichte über die Flugschulen in Florida konnte man lesen: »Einige Schulen sind von der Einwanderungsbehörde INS zur Ausgabe der heiß begehrten Einreiseformulare I-20M ermächtigt worden. Das erleichtert ausländischen Studenten den Erwerb von Visa zur Einreise in die USA für ein Berufspraktikum.

Raten Sie mal, wer eins dieser »heiß begehrten Visa für ein »Berufspraktikum« in der Tasche hatte? Mohammed Atta, der mutmaßliche Drahtzieher der heimtückischsten Terrorattacke aller Zeiten. [...]

Und raten Sie doch mal, wer ihm dieses Papier gab? Das bekam er bei Rudi Dekkers' Flugschule, bei Huffman Aviation. [...] Dekkers hatte zunächst jegliche Verantwortung für die Visa der Terror-Flugschüler zurückgewiesen. Er sagte: »Ausländische Bewerber müssen sich an die Einwanderungsbehörde INS wenden«. Und von dieser Behörde erwartete Dekkers eine Überprüfung des persönlichen Hintergrunds der Bewerber. »Wir schicken ihnen die Formulare, und sie gehen damit dann zu ihren Botschaften« erklärte er. Doch Richard Nyren, ein Brite, der sich gemeinsam mit den Terrorpiloten bei Dekkers ausbilden ließ, hatte zur selben Zeit, als sein Fluglehrer diese Äußerungen machte, Reportern berichtet, dass es keineswegs so leicht sei, an ein Studentenvisum zu kommen. Auch nicht mit Hilfe der Schule.

Warum hatte Mohammed Atta in den Mangrovensümpfen im Südwesten Floridas so viel »Glück«? Er erhielt sein »heiß begehrte I-20M-Formular, weil »einige« Flugschulen von der Einwanderungsbehörde INS zur Ausgabe dieser Papiere ermächtigt wurden. Nicht »alle«, nur »einige« Schulen. Schulen wie Rudi Dekkers' Firma Huffman Aviation. Die Frage, die sich dabei stellt, lautet: Was zeichnete Dekkers' Schule vor den anderen aus ? «

.....

Osamagate ?

.....

Dieser Mann sieht die politische Motivation der US-Regierung eher in strategischen und wirtschaftlichen Interessen als in der Fürsorge für das Leben der amerikanischen Bürgerinnen und Bürger. Der Ex-CIA-Mann sagte unter Anspielung auf eine Politik, die sich zur Absicherung regionaler strategischer Interessen der USA während der gesamten Neunzigerjahre des al-Qaida- Netzwerks bediente:

»Die Politik einer Steuerung der Entwicklung des Islam und der Unterstützung seiner Vertreter gegen unsere gemeinsamen Gegner funktionierte in Afghanistan gegen die Rote Armee ganz wunderbar. Die gleichen Doktrinen sind auch heute noch anwendbar, zum Beispiel für die Destabilisierung verbliebener russischer Macht, besonders aber, um dem chinesischen Einfluss in Zentralasien zu begegnen.«

Die CIA hatte sich das so vorgestellt, dass man die Beziehungen zu den »Islamisten« in Afghanistan weiter pflegen würde. Zunächst hatte man sie für die Vertreibung der sowjetischen Invasoren aus Afghanistan benutzt, doch die amerikanischen Geheimdienste hatten auch Pläne für künftige Einsätze von Osama bin Laden und al-Qaida jenseits der afghanischen Grenzen. Es gibt kaum einen Zweifel an der Vermutung, dass die CIA umfassende weitere Verwendungsmöglichkeiten für das Terrornetzwerk sah, das bin Laden während des Kalten Krieges aufgebaut hatte.

.....

Es sieht ganz so aus, als ob al-Qaida auch in der Anfangsphase des Bosnien-Krieges zur Wahrung amerikanischer Interessen eingesetzt worden sei. Im innermuslimischen Konflikt unterstützten die USA die Attacke des Izetbegovic-Regimes auf den muslimischen Lokalrivalen Fikret Abdic. Als direkte Konsequenz der von den USA unterstützten Infiltration von Anhängern bin Ladens nach Bosnien wurde das Land zur Schaubühne für radikale Terrorgruppen aus ganz Europa.

.....

Das Vorgehen in Bosnien wiederholte sich im Kosovo. John Kasich, Abgeordneter im Repräsentantenhaus und Mitglied des Streitkräfteausschusses räumte öffentlich ein: »Wir banden uns an die Kosovo Befreiungsarmee UCK, die wiederum das Sammelbecken für bin Ladens Leute war.« Auf diese Weise, über die Unterstützung der UCK durch die CIA, war die amerikanische Regierung beim Krieg gegen Jugoslawien mit bin Laden verbündet. Die Washington Times schrieb hierzu: "Einige Angehörige der Kosovo-Befreiungsarmee, die ihren Krieg durch den Heroinhandel finanzierte, absolvierten ihre militärische Ausbildung in Terroristen-Stützpunkten. Deren Betreiber ist der international gesuchte Osama bin Laden:«

»Die UCK-Leute waren die Partner der Regierung Clinton während der Bombardierung Serbiens [...] durch die NATO, mit der Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic an den Verhandlungstisch gezwungen werden sollte. Ihre militärische Ausbildung erhielten die UCK-Mitglieder in geheimen Lagern in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina und an anderen Orten. Das geht aus in jüngster Zeit aufgetauchten Geheimdienstberichten hervor. [...] In diesen Berichten ist auch zu lesen, dass bin Ladens Organisation al-Qaida die UCK bei der Ausbildung ihrer Soldaten und auch finanziell unterstützt hat. Belegt sind außerdem zahlreiche Grenzübertritte durch »ausländische Kämpfer« in den Kosovo hinein. Unter diesen Leuten waren auch kampferfahrene Männer der militanten Organisation Islamischer Dschihad aus Bosnien, Tschetschenien und Afghanistan. «

.....

Die Regierung Bush setzte diese Politik der Unterstützung von Teilen des Terrornetzwerks al-Qaida auf dem Balkan fort. Der Journalist William Norman Grigg beschrieb im konservativen Nachrichtenmagazin New American, wie »die Regierung Bush eine Terrorkampagne unterstützte, die von der Nationalen Befreiungsarmee, einem Ableger der im Kosovo aufgelösten albanischen UCK, gegen den mazedonischen Staat geführt wurde. Nach einem Bericht der Washington Times vom 22. Juli ist »Osama bin Laden der wichtigste finanzielle Unterstützer der Nationalen Befreiungsarmee (UCK) in Mazedonien.«

Das damit verbundene Ziel war stets dasselbe: al-Qaida sollte mit ihren regionalen Operationen letztlich die Rivalen der USA destabilisieren und auf diese Weise, freilich ohne dies zu wollen, den amerikanischen Interessen dienen.

.....

Diese Politik des »Zufluchtgewährens« für al-Qaida durch mehrere aufeinander folgende US-Regierungen wurde mit Hilfe regionaler Verbündeter umgesetzt, und die Regierung Bush blieb unbeirrt bei dieser Strategie, sogar nach dem 11. September 2001.

Geheimdienst-Sponsoren des 11. September

All dies wirft eine wichtige Frage auf: Gab es eine direkte finanzielle Unterstützung der al-Qaida durch die Geheimdienste?

.....

Stan Goff, ein pensionierter Stabsfeldwebel der amerikanischen Special Forces und Fachmann für Wehrwissenschaften, kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen: »Zum einen geht man davon aus, dass das, was diese De-facto-Regierung gegenwärtig treibt, eine >Antwort< auf den 11. September ist. Zum andern glaubt alle Welt, dass die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon von Leuten verübt wurden, die ihre Stützpunkte in Afghanistan haben. Ich bin der Ansicht, dass beide Annahmen falsch sind. «

»Dieses Zerrbild von einem Schurken, zu dem man bin Laden gemacht hat, ist nicht schlüssig, wenn man sich die Komplexität und präzise Ablaufplanung der Attentate vor Augen führt. Als ehemaliger Soldat, der im Lauf der Jahre an der Ausarbeitung zahlloser Einsatzpläne beteiligt war, kann ich ihnen sagen: Das war ein äußerst anspruchsvolles und kostspieliges Unternehmen, etwas, was nach unseren Erfahrungen lange >Schatten< vorauszuwerfen pflegt. Mit anderen Worten: So etwas wäre kaum geheim zu halten.«

.....

Prof. Anthony Cordesman, ein genauer Kenner des US-Militärgeheimdienstes, wies nachdrücklich auf die Tatsache hin, dass kein bisher bekanntes Terrornetzwerk - auch al-Qaida nicht - über die Fähigkeiten verfüge, so detailliert durchgeplante Anschläge wie die vom 11. September alleine auszuführen: »Wir haben es hier mit einem Niveau in Fragen der Planung und Koordination zu tun, das sich bisher kein Experte für Terrorabwehr auch nur vorstellen konnte. Und wir haben keine auf die Schnelle auszumachende Gruppe, die über derartige Fähigkeiten verfügt.«

.....

Es gibt kaum einen Zweifel an der Tatsache, dass Pakistan bin Laden bei vielen Gelegenheiten hätte festnehmen können, wenn die USA dies gewünscht hätten. All diese Hinweise zeigen, dass der pakistanische Militärgeheimdienst ISI im Vorfeld der Anschläge vom 11. September tatsächlich eine wichtige Rolle gespielt hat - vielleicht sogar mit Billigung der USA. Doch trotz der zwielichtigen Rolle des ISI steht fest, dass die USA nach wie vor und allzu enthusiastisch ihr »Vertrauen zu Pakistan« bekundeten. Man sollte an dieser Stelle wissen, dass im Hauptquartier der pakistanischen Streitkräfte in Rawalpindi eine große Zahl von Agenten und Beratern des US-Militärgeheimdienstes ständig präsent ist.

.....

Keine Ermittlungen gegen den ISI-»Mann mit dem Geld«

Man neigt eigentlich zu der Annahme, die USA müssten energisch eine gründliche Untersuchung der Rolle des ISI fordern. Doch in Wirklichkeit verhinderten sie diese Ermittlungen, in dem sie hinter den Kulissen um den diskreten Rücktritt von ISI-Chef Generalleutnant Mahmud Ahmad ersuchten. Plötzlich war nämlich in Indien (später dann auch in Pakistan) enthüllt worden, dass dieser Mann Mohammed Atta vor dem 11. September finanziell unterstützt hatte.

.....

Die US-Regierung blockierte auf diese Weise eine gründlichere Untersuchung sehr effektiv. Sie verhinderte, dass der ISI-Chef verhaftet, verhört und vor Gericht gestellt wurde. Es ging immerhin um Unterstützung für Atta, den das FBI in seinen Akten so beschreibt: »Anführer der Luftpiraten im ersten Jet, der ins World Trade Center raste, offensichtlich auch der Kopf der Verschwörung«. Die amerikanische Regierung verhinderte gleichzeitig auch weitere offizielle Nachforschungen zu den seit langem bestehenden institutionellen Verbindungen zwischen dem ISI und al-Qaida in Sachen 11. September. Die Überweisung von Geld an Atta auf Befehl von Generalleutnant Mahmud Ahmad war in diesem Zusammenhang nur ein Beispiel unter vielen.

.....

Wir sollten hier noch einmal festhalten: Die Verbindungen zwischen dem ISI-Chef und Mohammed Atta, dem Anführer der Terroristen, wurden aufgedeckt, einschließlich der Genehmigung finanzieller Unterstützung für Atta durch den Geheimdienstchef.

.....

Die Geheimdienstbilanz der Ereignisse sieht so aus: Die USA schützten den ehemaligen ISI-Chef wie auch die ISI selbst vor weiteren schädlichen Enthüllungen, die sich auf ihre vermutete Komplizenschaft und ihre Unterstützung der Personen bezogen, die hinter den Terroranschlägen steckten.

Die amerikanisch-pakistanische Strategie rettet al-Qaida

.....
Mit stillschweigender Duldung durch die USA spielte Pakistan im Krieg der Amerikaner in Afghanistan letztlich die Rolle des Helfers für al-Qaida - was leicht vorherzusehen war. Die amerikanische Armee, die die Region aus der Luft wie auch vom Boden aus überwachte, war offensichtlich über die pakistanische Hilfe für al-Qaida informiert, während Pakistan gleichzeitig behauptete, in diesem neuen Krieg ein Verbündeter Amerikas zu sein. Im November nahmen die USA bereits aktiv an solchen Geheimaktionen teil. Die Londoner Times berichtete:

»General Dawud, der Kommandeur der Nordallianz, sagte, Geheimagenten des Bündnisses hätten aus Kunduz berichtet, mindestens zwei große pakistanische Flugzeuge seien auf dem Flugplatz der Stadt gelandet. Das Ziel der Aktion am Dienstagabend sei das Ausfliegen von »Militärpersonal« gewesen. Am Mittwochabend habe es dann mindestens zwei weitere Flüge gegeben. Auf die Frage, warum die USA, die doch den afghanischen Luftraum kontrollierten, solche Flüge zugelassen hätten, antwortete Dawud: »Diese Frage müssen Sie den Amerikanern selbst stellen.«

Genau dies tat der amerikanische Journalist Seymour Hersh:

.....

Die Nordallianz nahm Kunduz am 25. November ein, etwa 4000 Taliban -und al-Qaida-Kämpfer- gerieten dabei in Gefangenschaft. Tags darauf erklärte Bush: »Wir räuchern sie aus. Sie laufen davon, doch wir werden sie jetzt zur Rechenschaft ziehen.« [...]

Amerikanische Geheimdienstmitarbeiter und hochrangige Armeeoffiziere erklärten jedoch in Interviews, dass pakistanische Staatsangehörige in Sicherheit gebracht worden seien, und zwar durch eine Reihe nächtlicher Evakuierungsflüge, die von der Regierung Bush genehmigt worden waren. [...]

Ein Experte der CIA sagte, nach seinem Verständnis des Geschehens sei die Luftbrücke vom Weißen Haus genehmigt worden. [...] Die Luftbrücke »war zu jenem Zeitpunkt sinnvoll. Unter den Leuten, die sie heimlich hinausschafften, waren viele führende Mitglieder der Taliban.« [...] Nach Auskunft eines ehemaligen hochrangigen Pentagon-Mitarbeiters kam die Luftbrücke zu Stande, weil die Pakistani mit dem Begehren vorstellig wurden, dass da »Leute waren, die herausgebracht werden mussten«, also Geheimdienstagenten und Leute, die im Verborgenen tätig waren.«

.....

Das Ergebnis war keineswegs überraschend: Angehörige des pakistanischen Militärgeheimdienstes kämpften Seite an Seite mit Taliban und al-Qaida-Mitgliedern. Das amerikanische Oberkommando arrangierte auf Befehl des Weißen Hauses die Luftbrücke für pakistanische Regierungsbeamte, die zuvor die Taliban unterstützt hatten. Die Amerikaner brachten diese Leute aus Afghanistan heraus und in Sicherheit, und es kann als ziemlich gesichert gelten, dass sich die Organisatoren der Luftbrücke der Folgen ihres Tuns bewusst waren: Die al-Qaida-Helfer beim ISI nahmen ihre Kampfgefährten mit.

.....

Die Enthüllungen im New Yorker sollten vor dem Hintergrund einer gesicherten Tatsache gesehen werden: Die amerikanische Militärstrategie hatte von Anfang an auf ein Szenario gesetzt, in dem al-Qaida jederzeit und mühelos entkommen konnte.

.....

Es kommt noch viel schlimmer. Die Londoner Times berichtete, die anhaltende Untätigkeit der Amerikaner habe einem gewaltigen Lastwagenkonvoi, in dem sich auch die al-Qaida-Führung befand, die Flucht ins benachbarte Pakistan ermöglicht: »Die Afghanen fragen sich immer noch, wie 1000 Pkw und Lastwagen bei Nacht und Nebel entkommen konnten. [...] Die Einheimischen reden immer noch über die nächtliche Flucht, die an der Festung Bala Hissar vorbeiführte, dann nach Süden durch das Logar-Tal fortgesetzt wurde, wo die Kolonne US-Luftangriffen entkam.«

Newsmax fragte zu Recht: »Es gab Spionagesatelliten, Patrouillenflüge, abgehörte Funkbotschaften, Agenten vor Ort, alles, was man sich vorstellen kann. Wie konnten diese Verbrecher dann in ein Land flüchten, das angeblich ein Verbündeter ist? Noch dazu ein Verbündeter, den wir nach dem 11. September mit Vergünstigungen - Geld und Schuldenerlass - überhäuft haben?« Vor allem mit Blick auf die hier zusammengetragenen Fakten lautet eine vernünftige Erklärung: Man ließ es ganz bewusst geschehen.

Es gibt ein paar definitive, erdrückende Beweise, die dieses zunehmend groteske Puzzlespiel vervollständigen. Sie zeigen, dass die US-Militärstrategie in Afghanistan systematisch darauf angelegt war, al-Qaida nicht zu eliminieren, sondern lediglich aus Afghanistan zu vertreiben. Die Londoner Times berichtete Ende November zum Beispiel über eine erstaunliche Tatsache: »Amerikanische Kampfflugzeuge hatten al-Qaida und die Taliban-Führung in den letzten sechs Wochen zehnmal im Visier, griffen aber nicht an, weil das Feuer nicht rechtzeitig freigegeben wurde, wie Vertreter der Air Force gestern beklagten.« Noch ein bizarrer Zufall?

.....

Bis zum heutigen Tag gerieten weder Sheikh noch Ahmad ins Visier der Ermittler, noch wurden sie verhaftet, verhört, angeklagt oder fanden gründliche Ermittlungen statt. Auch die US-Regierung, die Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden leiteten bis heute kein Verfahren gegen die beiden ein. Es wäre zu begründen durch ihre Schlüsselrolle bei der finanziellen Unterstützung Mohammed Attas, des Anführers der Terrorflieger. Durch dieses Geld leisteten Sheikh und Ahmad einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der gesamten Operation der al-Qaida, die am 11. September zur blutigen Vollendung gebracht wurde.

.....

Eine Untersuchung hat aber bisher noch nicht stattgefunden, die Regierung Bush hat sie mit Erfolg blockiert. Das imperialistische Programm, das sich dahinter verbarg - hinter den von den USA betriebenen Umbesetzungen beim ISI, mit denen von einer Komplizenschaft bei den Anschlägen am 11. September abgelenkt werden sollte -, wurde bereits wenige Tage nach Generalleutnant Mahmud Ahmeds vorzeitiger Versetzung in den »Ruhestand« offensichtlich, als die Bombardierung Afghanistans durch die USA begann. Die pakistanische Tageszeitung Frontier Post berichtete von einer Kontaktaufnahme der amerikanischen Botschafterin Wendy Chamberlain mit dem pakistanischen Ölminister. Ein zuvor bereits aufgegebene Unocal-Pipeline, die von Turkmenistan ausgehend, über Afghanistan sowie entlang der pakistanischen Küste verlaufen sollte, mit dem Ziel, Erdöl und Erdgas nach China zu exportieren, stand plötzlich erneut auf der Tagesordnung, »unter Berücksichtigung aktueller geopolitischer Entwicklungen«

DER NEUE KRIEG: MACHT UND PROFIT IN DEN USA UND IM AUSLAND

.....

Den 11.9. ausbeuten

.....

Da die Pläne, eine militärische Invasion in Afghanistan durchzuführen, bereits bestanden, konnte man nun den 11. September zum Vorwand nehmen, eine internationale Politik zu starten, die zugleich eine Unterwerfung des ganzen Landes zum Ziele hatte. Unter dem Deckmantel einer Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September brachten die Vereinigten Staaten eine internationale Staatenkoalition für einen Bombenkrieg gegen Afghanistan zusammen.

Aber diese US-amerikanische Reaktion zeigt deutlich, dass dieser angebliche »Krieg gegen den Terrorismus« eben solche politisch motivierten Grausamkeiten beging, wie die Leute, die man zu bekämpfen vorgab, und damit wurde die Idee ad absurdum geführt, die Vereinigten Staaten handelten aus vorrangig humanitären Motiven heraus. Denn sogar die offizielle FBI-Definition von Terrorismus stellt fest: »Terrorismus ist die ungesetzliche Anwendung von Zwang oder Gewalt gegen Personen oder Sachen, mit der Absicht, eine Regierung, die Zivilbevölkerung oder einen Teil von ihr einzuschüchtern oder zu nötigen, und dadurch politische oder soziale Ziele zu befördern. «

.....

Hungern und warten auf den Tod

.....

Die westliche Strategie, Zivilisten als Ziele auszuwählen, um da- durch regionale soziopolitische Absichten zu verwirklichen - eine Strategie, die direkt unter die Terrorismus-Definition des FBI fällt - formulierte vielleicht am besten der Chef des britischen Verteidigungsstabes, Admiral Michael Boyce. Mit Bezug auf die noch andauernde Bombardierung Afghanistans meinte er nur:

»Dieser Druck wird so lange andauern, bis die Bevölkerung dieses Landes selbst erkennt, dass dies erst aufhört, wenn sie ihre Führung ausgetauscht hat.« Dieses Eingeständnis scheint klar darauf hinzuweisen, dass die angloamerikanische Strategie die Bestrafung der afghanischen Zivilbevölkerung als notwendiges Mittel betrachtete, um das Endziel eines Sturzes des Taliban-Regimes zu erreichen.

.....

Die Tatsache, dass der Krieg gegen Afghanistan selbst ein Akt des internationalen Terrorismus ist, entlarvt die Heuchelei dieses von den Vereinigten Staaten angeführten »Kriegs gegen den Terrorismus«. Die New York Times berichtete Mitte September: »Washington hat [von Pakistan] auch einen Stopp der Treibstofflieferungen verlangt und das Verbot von Lastwagenkonvois, die einen Großteil der für die afghanische Zivilbevölkerung vorgesehenen Lebensmittel und anderen Versorgungsgüter befördern.

.....

Der Luftkrieg

Die Behauptung, dass es sich bei den Bombenangriffen auf die größeren afghanischen Städte um so genannte chirurgische Schläge« gehandelt habe - die angeblich »selektiv« gewesen seien und sich nur gegen militärische Einrichtungen gerichtet hätten -, kann kaum jemand ernst nehmen, der die blutige Tradition des Luftkrieges kennt.

.....

Ein Bericht des Obersten Rechnungshofs (General Accounting Office) der Vereinigten Staaten stellt zum Beispiel ganz offen fest, dass die Luftkampagne der »Operation Desert Storm« im Jahre 1991 mehrere Ziele verfolgte: »Es gab fünf Hauptkategorien von Zielen: Kommando- und Kontrolleinrichtungen, die Industrieproduktion, die Infrastruktur, die Moral der Bevölkerung und die Bodentruppen.« Die Bombardierung der zivilen Infrastruktur - Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Kanalisation und anderer lebenswichtige Einrichtungen - sollte nach diesem Bericht »die Moral der Zivilbevölkerung schwächen«

.....

Bis zum heutigen Tag bombardieren die angloamerikanischen Flugzeuge, die unter dem Vorwand, die Bevölkerung vor Saddam Husseins Gräueltaten zu schützen, die Flugverbotszonen überwachen, routinemäßig nicht nur militärische, sondern auch zivile Ziele. Ein interner Sicherheitsbericht der Vereinten Nationen stellte für eine Zeitspanne von nur fünf Monaten fest:

»41 Prozent der Bombenopfer waren Zivilisten, die sich in zivilen Zielen aufhielten: Dörfern, Fischereimolen, auf den Feldern und in breiten, baumlosen Tälern beim Hüten ihrer Schafe. Ein Schäfer, sein Vater, seine vier Kinder und sein Schaf wurden von einem englischen oder amerikanischen Flugzeug getötet, das sie sogar zweimal im Tiefflug angegriffen hatte.«

Das militärische Eingreifen der NATO im Kosovo unter amerikanischer Führung folgte einem ähnlichen Muster.

.....

Im Mai gaben Generäle der NATO zu: »Sich nur auf die Bodentruppen zu konzentrieren genügt nicht. [...] Das (serbische) Volk muss an den Punkt kommen, dass es kein Licht mehr hat und seine Brücken blockiert sind, so dass es nicht mehr zur Arbeit gehen kann.« Oder wie der San Francisco Examiner berichtete: offizielle Stellen der NATO äußerten die Ansicht, dass ein starker Druck auf die Zivilbevölkerung das Regime unterminieren wird.

.....

Diese Ereignisse zeigen deutlich, dass sich die Vereinigten Staaten bei ihren Bombenangriffen nicht im Geringsten um das Leben der Zivilbevölkerung scherten. Sie zeigen aber auch, dass die Westmächte die Bestrafung des afghanischen Volkes für einen integralen Bestandteil ihrer militärischen Strategie hielten. Der amerikanische Journalist und Friedensaktivist Geov Parrish hat auf der Basis von Zeugenaussagen von Flüchtlingen und Berichten westlicher und pakistanischer Journalisten eine klare vorläufige Bilanz der seit dem Oktober registrierten systematischen Angriffe auf Zivilisten erstellt. Parrishs Analyse beschreibt eine Bombenkampagne, die sich mit

System und jeden Tag gegen Zivilisten und die zivile Infrastruktur richtete. Einige wenige Beispiele seien im Folgenden herausgegriffen:

»In Dschalalabad wurde die Sultanpur-Moschee während des Abendgebets von einer Bombe getroffen, wobei 17 Menschen im Innern eingeschlossen wurden. Als Nachbarn hinzueilten, um die Verwundeten aus den Trümmern zu befreien, fiel eine weitere Bombe und tötete mindestens 120 Personen. In dem Dorf Darunta in der Nähe von Dschalalabad fiel eine amerikanische Bombe auf eine weitere Moschee. Zwei Personen wurden getötet und Dutzende - vielleicht sogar 150 Menschen - verwundet. Viele dieser Verwundeten vegetieren ohne medizinische Betreuung im Sehat-e-Ama-Krankenhaus in Dschalalabad dahin, das nicht über die Mittel zur Behandlung der Verletzten verfügt. Die Zahl der getöteten Zivilisten geht wahrscheinlich in die Tausende und wird sich sicher durch zwei neue Entwicklungen sogar noch erhöhen. Die amerikanischen Piloten dürfen nun »nach eigenem Ermessen« feuern - also auf alles, was ihnen vor dem Visier kommt, ohne erst auf die Erlaubnis von Flugeitoffizieren und deren Auswertung von Satelliten- und Überwachungsaufnahmen warten zu müssen. Es gibt sogar jetzt Gegenden des Landes, die man zu »Kill Boxes« (Tötungszonen) erklärt hat, die an die »Free-Fire Zones« (Feuer-Frei-Zonen) des Vietnamkriegs erinnern, und wo Afghanen ohne Vorwarnung angegriffen werden dürfen. Diese Kill Boxes werden Tag und Nacht von Tieffliegern überwacht, die den Auftrag haben, auf alles zu schießen, was sich in diesen Gebieten bewegt.«

.....

Oberstabsfeldwebel Dave Diaz räumt ein: »Wir fingen da mit so einem Spielchen mit den Begriffen an«, um damit Flieger zu motivieren, »die zögerten, Ziele anzugreifen, die nicht wie militärische Ziele aussahen.« Er gab gegenüber seinen neun Soldaten und einem Kampfbeobachter der Luftwaffe folgende Sprachregelung aus: »Klar ist es eine Zivilsiedlung, Lehmhütten, es sieht genauso aus wie die anderen Dörfer in diesem Land. Aber sagt das bloß nicht! Sagt, es sei ein Militärlager. Es gibt dort Gebäude, Kasernen, einen Kommandostand und einen Kontrollposten. Dasselbe gilt für die Konvois - wenn es sich in Wirklichkeit um einen Konvoi mit zivilen Transportfahrzeugen handelt, sollten wir nur sagen: »He, ein Militärkonvoi, ein Truppentransport!««

.....

In einem Interview mit dem Ithaca Journal erzählte Guckenheimer, ein Ladeschütze bei der 10. Gebirgsjäger-Division in Fort Drum: »Uns wurde erzählt, es gebe dort keine freundlichen Truppen. Wer immer dort war, es war der Feind. Uns wurde ausdrücklich befohlen, wenn Kinder und Frauen dabei sein sollten, auch die zu töten.«

Der »Krieg gegen den Terrorismus« benutzt also selber terroristische Methoden, um seine vorgeblichen Ziele zu erreichen. Nichts an diesem Krieg ist humanitär oder moralisch, es ist auch kein Krieg gegen den Terrorismus, sondern selbst ein Terrorkrieg gegen Amerikas Feinde, bei dem es nur um strategische und wirtschaftliche Interessen geht und bei dem auf rassistische und fremdenfeindliche Weise das Lebensrecht der Afghanen und anderer dort lebender Völker völlig missachtet wird.

.....

Sicherung der geostrategischen Interessen

.....

Fahima Vorgetts, die in Kabul ein Alphabetisierungsprogramm für Frauen leitete, bevor sie 1979 nach dem sowjetischen Einmarsch aus dem Lande fliehen musste, meint da- zu: jahrelang haben wir versucht, die Aufmerksamkeit auf die schlimme Situation der Frauen in Afghanistan zu lenken, und jahrelang hat man uns nicht beachtet. Wir mussten Leute regelrecht anbetteln, um eine Veranstaltung überhaupt organisieren zu können:«

»Jetzt hören die Leute auf das, was wir über die Taliban erzählen, aber sie müssen auch auf das hören, was wir über die Nordallianz zu sagen haben, damit sich für das Land als Ganzes, vor allem aber für die Frauen, nicht dieselbe Tragödie wiederholt. Die Taliban sind furchtbar, und Afghanistan wird es ohne sie viel besser gehen, aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Nordallianz während ihrer Regierungszeit von 1992 bis 1996 so viele Gräueltaten, so viele Verbrechen begangen hat, dass sie es den Taliban leicht gemacht hat, an die Macht zu kommen. Afghanistan leidet nun schon seit 23 Jahren - es gibt keine Schulen, Arbeitsplätze, Straßen, Fabriken oder Brücken mehr. Die Bombardierungen machen es nur noch schlimmer, sie verursachen nur noch mehr Schäden.«

.....

Aber die Interessen der afghanischen Bevölkerung waren unwichtig. Wichtig war nur die Institutionalisierung der Herrschaft verschiedener Gruppierungen, die alle in Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, um dadurch eine vereinte Föderation zu schaffen, die trotz der fortschreitenden Brutalisierung der Bevölkerung eine gewisse Stabilität gewährleisten kann.

.....

»Der verdeckte Einsatz im Krieg gegen den Terrorismus lässt sich in einem einzigen Wort zusammenfassen: Öl. Die Landkarte der von Terroristen beherrschten Gebiete und Ziele im Mittleren Osten und Zentralasien ist ebenso in hohem Maße eine Karte der wichtigsten Energiequellen der Welt des 21. Jahrhunderts.«

.....

Das Pipeline-Konsortium, das mit dem Baku-Ceyhan-Plan befasst ist und an dessen Spitze die britische Ölfirma BP steht, wird juristisch durch die Anwaltskanzlei von Baker & Botts vertreten, deren führender Anwalt James Baker III ist. Baker III war unter Präsident Bush Senior Außenminister. Er war auch der Hauptsprecher im Wahlkampf des jüngeren Bush im Jahr 2000, als man erfolgreich die Neuauszählung der Wahlzettel in Florida verhinderte.

.....

An Silvester, neun Tage nachdem die von Amerika unterstützte Regierung von Hamid Karsai ihr Amt in Kabul angetreten hatte, ernannte Präsident Bush einen früheren Berater der amerikanischen Ölgesellschaft Unocal, Zaimay Khalilzad, zum Sonderbotschafter in Afghanistan.

.....

Nach Berichten in der französischen Le Monde und der saudi-arabischen Zeitung Al Watan war auch der neu ernannte afghanische Regierungschef Hamid Karsai früher ein bezahlter Berater der Unocal.

.....

Madsens Informanten berichten, dass Karsai während des Krieges der Afghanen gegen die Sowjetunion »enge Beziehungen zu CIA-Direktor William Casey, Präsident Bush und ihren Partnern vom pakistanischen Geheimdienst Service Intelligence (ISI) unterhielt.«

.....

Selbst als der Afghanistankrieg allmählich zu Ende ging, wurden die neuen Wirtschaftsprogramme noch von der Einrichtung einer ständigen Militärpräsenz in dieser Gegend begleitet. Darüber berichtete die Los Angeles Times:

»Hinter dem Schleier von Geheimabkommen sind die Vereinigten Staaten dabei, um Afghanistan herum einen Ring von neuen und ausgedehnten Militärstützpunkten anzulegen, die die Fähigkeiten der Streitkräfte stark erhöhen, Ziele in einem Großteil der islamischen Welt bekämpfen zu können.« »Nach Angaben des Pentagons sind seit dem 11. September Zeltstädte an über dreizehn Stellen in neun Nachbarländern Afghanistans errichtet worden, die das Netz der Stützpunkte in dieser Region beträchtlich verstärken. Alles in allem leben und arbeiten nun von Bulgarien und Usbekistan bis in die Türkei, nach Kuwait und darüber hinaus, über 60 000 amerikanische Militärangehörige in diesen vorgeschobenen Stützpunkten. Hunderte von Flugzeugen fliegen diese so genannten »Feldflugplätze« an.«

.....

In einem am 6. Januar in der Washington Post erschienenen Bericht hieß es, dass die Bush-Administration darüber hinaus plane, ein aus der Zeit des Kalten Krieges stammendes Gesetz außer Kraft zu setzen, das die Handelsbeziehungen einer Anzahl früherer Sowjetrepubliken mit den USA wegen deren schlechter Menschenrechtsbilanz beschränkte. [...] Diese Absicht hat schon den Widerspruch von Beobachtern dieser Region herausgefordert, die glauben, dies könne den Eindruck vermitteln, als ob die Vereinigten Staaten bereit seien, über Menschenrechtsverletzungen dieser Länder als Belohnung für deren Wohlverhalten hinwegzusehen, «

Die Ausdehnung der amerikanischen Hegemonie geht somit einher mit einer Legitimierung der Menschenrechtsverletzungen, der Diktaturen und der allgemeinen Unterdrückung in diesen Staaten. Die entscheidende Bedeutung, die der 11. September für diese Geostrategie hatte, hat keiner besser ausgedrückt als US-Senator Joseph Lieberman. In einer Rede vom 7. Januar 2002 auf dem Bagram-Luftstützpunkt bei Kabul stellte er fest: »Am 11. September haben wir für unsere mangelnde Beschäftigung mit Zentralasien einen sehr hohen und schmerzhaften Preis bezahlt. Dies wird uns nicht noch einmal passieren.«

.....

Die Krise und der Silberstreif am Horizont

.....

»Der Kongress hat Resolutionen verabschiedet, die dem Präsidenten 40 Milliarden Dollar und eine zeitlich unbeschränkte Vollmacht, zu militärischen Mitteln zu greifen, zubilligen. Der Senat und das Repräsentantenhaus haben ihn ermächtigt, je- de Nation, Organisation oder Person anzugreifen, die in die Terroranschläge vom 11. September verwickelt war oder bei deren Ausführung oder Vorbereitung geholfen hat. Diese Resolutionen nennen kein Land und keine Gruppe als Ziel und enthalten keine zeitliche Beschränkung.

.....

Im Gegensatz zu früheren Vollmachten zur Anwendung militärischer Gewalt, wie zum Beispiel im Libanon, gibt dies dem Präsidenten eine uneingeschränkte Machtbefugnis, die dem in der Verfassung vorgesehenen gegenseitigen Kontrollsystem der höchsten Staatsorgane widerspricht. Sie schafft die Kontrolle des Kongresses über die Anwendung staatlicher Gewalt quasi ab und legt die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände eines einzigen Mannes, was den gefährlichen Weg von der Demokratie zur Herrschaft eines Einzelnen eröffnet. Die EntschlieÙung erlaubt den Gebrauch von militärischer Gewalt gegen Nationen, die bei der Ausführung der Anschläge vom 11. September >halfen<. >Hilfe< ist ein sehr vager Begriff, der auch Angriffe auf Nationen erlauben könnte, die nur ganz entfernt etwas mit diesen Terrorangriffen zu tun hatten. Diese Entscheidung wird dann ohne die Aufsicht des Kongresses getroffen werden, ohne dass eine Zustimmung dieses Kongresses dazu erforderlich wäre.«

.....

Der neue amerikanische Polizeistaat

.....

»Erst neulich haben wir Justizminister Ashcroft sagen hören, er habe einseitig die Überwachung der Gespräche zwischen Anwälten und ihren Mandanten angeordnet, ohne überhaupt jemand davon informieren- er tat es ganz einfach, und dies trotz des im vierten Verfassungszusatzes (Amendment) ausgesprochenen Verbots von >unrechtmäßigen Durchsuchungen, Verhaftungen und Beschlagnahmungen< und des durch den Sechsten Verfassungszusatz garantierten >Rechts auf den Beistand eines Anwalts<.«

.....

Dennis Kucinich, ein Demokrat aus Ohio, den USA Patriot Act scharf als ein Gesetz, das in völligem Widerspruch zur amerikanischen Verfassung stehe. »Wir müssen das zugrundeliegende Prinzip des Patriot Act in Frage stellen, « stellte er fest, bevor er sich mit den Auswirkungen des Gesetzes auf die Verfassung beschäftigte:

»Dies müssen wir uns fragen: Warum sollte Amerika in der Verfassung garantierte Rechte aufgeben? Wie können wir es rechtfertigen, faktisch den Ersten Verfassungszusatz abzuschaffen, der das Recht auf freie Rede und das Recht, sich friedlich zu versammeln, garantiert? Wie können wir es rechtfertigen, faktisch auch den Vierten Verfassungszusatz abzuschaffen, wenn wir auf das Recht auf ausreichende Begründung und damit auf die Sicherheit vor unrechtmäßigen Durchsuchungen, Verhaftungen und Beschlagnahmungen verzichten? Wie können wir es rechtfertigen, faktisch den Fünften Verfassungszusatz abzuschaffen, indem wir ein ordnungsgemäßes Rechtsverfahren aufgeben und damit einer unbegrenzten Inhaftierung ohne Prozess zustimmen? Wie können wir es rechtfertigen, faktisch den Sechsten Verfassungszusatz abzuschaffen, das Recht auf ein schnelles und öffentliches Verfahren? Und wie können wir es rechtfertigen, faktisch den Achten Verfassungszusatz aufzugeben, der gegen grausame und ungewöhnliche Bestrafung schützt?

Wir können weit gespannte Abhörmaßnahmen und die Überwachung des Internets ohne, geschweige denn mit gerichtlicher Kontrolle nicht rechtfertigen. Wir können geheime Haussuchungen ohne Durchsuchungsbefehl nicht rechtfertigen. Wir können es nicht rechtfertigen, dem Justizminister zu erlauben, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wer als inländische Terrorgruppe zu betrachten ist. Wir können es nicht rechtfertigen, dem FBI einen totalen Zugang zu jeder Information zu gewähren, die irgendwo existieren könnte, wie zum Beispiel medizinische und finanzielle Daten. Wir können es nicht rechtfertigen, der CIA zu erlauben, Menschen in diesem Lande zu einem Ziel ihrer Aufklärungstätigkeit zu machen. Wir können es nicht rechtfertigen, eine Regierung zu haben, die ihrem Volk das Recht auf Unversehrtheit der Person und der Wohnung nimmt und dann für ihre eigenen Machenschaften ein Recht auf völlige Geheimhaltung reklamiert.«

.....

Außerdem wurden unter Führung von Justizminister Ashcroft Maßnahmen ergriffen, die den Zugang zu öffentlichen Unterlagen beschränken sollen, die bisher nach den Bestimmungen des U. S. Freedom of Information Act (FOIA; Gesetz über den freien Zugang zu Regierungsinformationen) von 1974 frei zugänglich waren.

.....

Noch beunruhigender ist der Bericht des Chronicle über die neue Politik des Justizministeriums, Anträge abzublocken, die sich auf den FOIA beziehen, in dem die offiziellen diesbezüglichen Anweisungen des Ministeriums zitiert und dessen Auswirkungen erläutert werden:

»>Wenn Sie Anträge, die sich auf FOIA berufen, sorgfältig untersuchen und dann entscheiden, Akten oder Dokumente ganz oder teilweise zurückzuhalten, können Sie sicher sein, dass das Justizministerium Ihre Entscheidungen unterstützen und verteidigen wird<.

.....

Wenn man dann noch Präsident Bushs Executive Order vom 1. November dazu nimmt, die es ihm erlaubt, alle Präsidentschaftsakten seit 1980 zu sperren, dann macht einen das Ganze doch frösteln. [...] Das halbe Land hat auch

die Befürchtung, dass die Regierung die Angst vor dem Terrorismus dazu benutzen könnte, ihre Beamten vor jedweder Aufsicht durch die Öffentlichkeit zu schützen.«

.....

Wer profitiert vom 11.9. ?

.....

Die Anschläge kamen somit für die Bush-Administration, das Pentagon, die CIA, das FBI, die Rüstungsindustrie und die Ölgesellschaften wahrlich zu einem sehr günstigen Zeitpunkt. Sie alle haben von dieser Tragödie immens profitiert. Professor Waiden Bello meint dazu: »Der Angriff der al-Qaida auf New York war angesichts der vor dem 11. September herrschenden historischen Situation das größtmögliche Geschenk für das amerikanische und internationale Establishment. «

»Sie behaupteten, dass jetzt eine Beschleunigung des Liberalisierungsprozesses nötig sei, um die negativen Auswirkungen des 11. September auf die Weltwirtschaft abzufedern.

.....

Jim Wolfensohn, dessen Präsidentschaft und Institution von Links wie von Rechts stark kritisiert worden waren, hatte seinerseits den 11. September dazu benutzt, seine Weltbank zu einem Hauptpartner des Pentagons in dessen Krieg gegen den Terrorismus zu machen. Dabei übernahm er die >weiche< Rolle, etwas gegen die Armut zu tun, die ja bekanntlich dem Terrorismus den Boden bereitet, während das Pentagon für die >harte< Rolle zuständig war, nämlich die Terroristen zu vernichten.

.....

Die Anschläge des 11. September lieferten somit den entscheidenden Vorwand, den die Bush-Administration brauchte, um ihre Macht zu konsolidieren und eine drastische, unbeschränkte Militarisierung der Außenpolitik in die Wege zu leiten, die es in diesem Ausmaß noch nicht gegeben hatte.

.....

»In den Worten Colin Powells haben die verbrecherischen und blind zuschlagenden Anschläge des 11. September den >Reset-Schalter< gedrückt und damit eine Neuausrichtung der amerikanischen Außen- und Militärpolitik bewirkt.

Solche historischen Entwicklungen hat es in diesem Ausmaß noch nie gegeben. Die praktisch ungehinderte Expansion des amerikanischen Imperiums zerstört gleichzeitig und systematisch gerade diejenigen Werte, die Amerika zu vertreten behauptet. Im ganzen Westen und weit darüber hinaus werden die bürgerlichen Freiheiten, die Grund- und Menschenrechte im Namen des Kampfs gegen den Terrorismus eingeschränkt, während man gleichzeitig Interventionen mit einem eventuellen Einsatz von Atomwaffen plant, die knallharte strategische und wirtschaftliche Interessen durchsetzen sollen, und all dies auf Kosten der einheimischen Bevölkerungen - und zu Gunsten der großen Unternehmen. Unter amerikanischer Führung scheint die ganze Welt auf ein globales Apartheidssystem zuzugehen, das von den im Westen sitzenden, internationalen Institutionen regiert wird und sich rasch zu einem globalen Polizeistaat entwickelt, der von den Mächtigen in ihrem eigenen Interesse verwaltet wird.

Es gibt vielleicht keine bessere und maßgeblichere Beschreibung der amerikanischen Machtentwicklung nach dem 11.9. als die von Stephen Peter Rose, Inhaber des Kaneb- Lehrstuhls für nationale Sicherheit und militärische Angelegenheiten in Harvard und Direktor des Olin-Instituts für strategische Studien: »Ein politisches Gebilde, das an militärischer Macht allen anderen haushoch überlegen ist und diese Macht dazu einsetzt, das innere Verhalten anderer Staaten zu beeinflussen, nennt man ein Imperium. Die Vereinigten Staaten [sind] freilich genau genommen nur ein indirektes Imperium, aber eben doch ein Imperium.«

»Wenn das zutrifft, ist unser Ziel nicht die Bekämpfung eines Rivalen, sondern die Bewahrung unserer imperialen Position und die Aufrechterhaltung der imperialen Ordnung. Imperiale Kriege kann man mit weniger Beschränkungen führen (als zu der Zeit, als es auf der anderen Seite noch die Sowjetunion gab). Dabei können und sollten, so schnell es geht, umfassende Machtmittel eingesetzt werden, um damit eine starke psychologische Wirkung zu erzielen und zu demonstrieren, dass das Imperium nicht ungestraft herausgefordert werden darf. Jetzt geht es für uns darum, feindliche Regierungen zu beseitigen und stattdessen Regierungen einzusetzen, die uns freundlich gesinnt sind. Imperiale Kriege gehen zu Ende, aber dann müssen dort imperiale Besatzungstruppen jahrzehnte- lang stationiert werden, um Ordnung und Stabilität zu gewährleisten. Die Anfänge davon erleben wir ja gerade, zuerst auf dem Balkan, und jetzt in Zentralasien. Für diese Besatzungsaufgaben brauchen wir leicht bewaffnete Bodentruppen. Schließlich ist einer der Kernpunkte imperialer Strategie, das Auftauchen mächtiger, feindlicher Herausforderer des Imperiums zu verhindern: wenn nötig mit Krieg, wenn möglich durch imperiale Assimilation. China wird in der nächsten Generation eine größere Militär- und Wirtschaftsmacht sein, aber es ist noch nicht stark genug, das amerikanische Imperium herauszufordern, und das Ziel der Vereinigten Staaten muss sein, dass es dabei bleibt. Die Vereinigten Staaten könnten tun, was sie heute schon tun: ihren Freunden in Asien versichern, dass wir keine

chinesische militärische Einschüchterung hinnehmen werden. Außerdem wäre es vielleicht gut, wenn wir unkonventionelle Waffen hätten, mit denen wir die Chinesen an die tatsächlichen Machtverhältnisse erinnern könnten.«

Es erscheint somit angebracht, mit den Bemerkungen zu schließen, die Earling Carothers »Jim« Garrison, ein Bezirksstaatsanwalt von New Orleans, schon im Oktober 1967 in einem Interview äußerte. Er hatte den lokalen Geschäftsmann Clay Shaw im Zusammenhang mit der Ermordung John F. Kennedys vor Gericht gebracht. Garrison schrieb damals:

»Am meisten macht mir Sorgen, und ich habe das in diesem Fall (der Ermittlungen zu Kennedys Ermordung, A. d. U.) exemplarisch erfahren, dass wir in Amerika in der großen Gefahr sind, langsam zu einem protofaschistischen Staat zu werden. Es wird ein anderer faschistischer Staat sein, als der, den es in Deutschland gegeben hat; der entstand aus der großen Depression und versprach Arbeit und Brot, während unserer, seltsam genug, anscheinend aus dem Wohlstand entspringt. Aber letzten Endes beruht er auf Macht und der Unfähigkeit, menschliche Ziele und das menschliche Gewissen über das Diktat des Staates zu stellen. Seine Ursprünge lassen sich auf die gigantische Kriegsmaschinerie zurückführen, die wir seit 1945 aufgebaut haben, der militärisch-industrielle Komplex vor dem uns Eisenhower vergeblich gewarnt hat, der jetzt jeden Aspekt unseres Lebens dominiert. Die Bundesstaaten und der Kongress haben ihre Macht unter den Bedingungen des Krieges allmählich an die Exekutivgewalten abgegeben; und so haben wir verfolgen müssen, wie hier ein arroganter, aufgeschwemmter bürokratischer Komplex entstanden ist, der sich von allen in der Verfassung vorgesehenen Kontrollmechanismen völlig befreit hat.

In einem sehr realen und schrecklichen Sinn ist heute unsere Regierung die CIA und das Pentagon, und der Kongress ist zu einem Debattierklub herabgesunken. Natürlich entdeckt man diesen Trend zum Faschismus nicht, wenn man einfach so seine Umgebung betrachtet. Man kann nicht nach so deutlichen Zeichen Ausschau halten wie dem Hakenkreuz, denn man wird keine finden. Wir werden keine Dachaus und Auschwitze bauen; die kluge Manipulation durch die Massenmedien ist gerade dabei, ein Konzentrationslager für den Verstand zu errichten, das verspricht, das Volk viel wirksamer unter Kontrolle zu halten. Wir werden nicht eines Morgens aufwachen und plötzlich graue Uniformen anhaben und damit in Reih und Glied zur Arbeit marschieren. Aber das ist nicht der Test.

Der Test ist: Was passiert mit der Person, die eine andere Meinung vertritt? In Nazideutschland wurde sie physisch vernichtet; hier ist der Prozess viel subtiler, aber am Schluss sind die Ergebnisse dieselben. Im letzten Jahr habe ich genug von den Machenschaften der CIA erfahren, um zu wissen, dass dies hier nicht mehr das Traumwelt-Amerika ist, an das ich einmal geglaubt habe. [...] Ich hatte immer eine Art automatisches Urvertrauen in die Grundintegrität meiner Regierung, welchen politischen Unsinn sie auch immer veranstaltete. Aber ich musste einsehen, dass einige Leute in Washington glauben, es sei ein natürliches Vorrecht ihres Amtes, die Öffentlichkeit manipulieren und betrügen zu dürfen. Huey Long sagte einmal: »Faschismus wird im Namen des Antifaschismus nach Amerika kommen.« Gestützt auf meine eigene lange Erfahrung, fürchte ich, dass der Faschismus im Namen der nationalen Sicherheit nach Amerika kommen wird.«

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Siehe letzten Kommentar unten !!

Aus dem letzten Kapitel "PROVOKATION DES KRIEGES: EIN HANDLUNGSMUSTER DER US-AUSSENPOLITIK" –mit "netten" Beschreibungen der "Vorfälle" wie z.B. "Die Versenkung der Lusitania", "Pearl Harbor" oder auch dem "Tonking-Zwischenfall", um nur einige zu nennen- möchte ich nur einenkleinen Teil aus "Die Milzbrand-Connection" zitieren:

.....
Eine Analyse der Rolle, die die US-Regierung bei den Anschlägen mit Milzbranderregern gespielt hat - sie fanden ebenfalls im September und im Oktober 2001 statt -, bestätigt wie zufällig die Schlussfolgerung zur »Eigenterror«-Strategie. Es gibt Erkenntnisse zu den Verbindungen zwischen Milzbrand-Anschlägen und US-Regierung, Militär und Geheimdiensten. Diese Erkenntnisse wiederum verbinden die historischen Informationen über die institutionalisierte Strategie der Provokation oder Erfindung von Kriegsgründen mit den in diesem Buch dokumentierten Fakten, die zeigen, wie die Politik von US-Regierung, Militär und Geheimdiensten die Anschläge am 11. September begünstigten. Angestellte des Weißen Hauses erhielten am 11. September 2001, noch vor den

Milzbrand-Anschlägen, das Anthrax-Medikament Cipro. Die Nachrichtenagentur Associated Press berichtete am 24. Oktober 2001 über diesen Vorgang:

»Zumindest einige Beschäftigte des Weißen Hauses erhielten vor sechs Wochen das Medikament Cipro. Sprecher des Weißen Hauses verweigerten jeglichen Kommentar zu der Frage, ob - und, wenn dies zutrifft, welche - im Haus tätige Personen in diesen Tagen Milzbrand-Antibiotika erhalten. [...] Am Abend des 11. September 2001 gab der medizinische Dienst des Weißen Hauses das Medikament Cipro an Mitarbeiter aus, die Vizepräsident Dick Cheney nach Camp David begleiteten. Diesen Mitarbeitern sagte man nach Auskunft einer unmittelbar beteiligten Person, es handele sich um eine vorbeugende Maßnahme.«

.....

Das ganze Ausmaß der Sauereien die da liefen, kann, trotz der relativen Länge, diese "Ultrakurzfassung" nicht adäquat wiedergeben.

Deshalb: Meiner ganz persönlichen Meinung nach, sollte dieses Buch unbedingt komplett gelesen werden !!